

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

Inhaltsverzeichnis

I | Internationales

Europapolitik

1001	Europa – geht besser!	3
1004	Kein Frieden mit dem Friedenswinter – gegen Antisemitismus, Querfront und völkisches Gedankengut.	7

Flüchtlingspolitik

1005	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	9
1006	Verbesserung der personellen und finanziellen Ausstattung der Flüchtlingsarbeit	9
1007	Verbesserte Integration für Flüchtlinge und finanzielle Entlastung der Kommunen	9
1009	„Asyl dort beantragen, wo es schließlich gebraucht wird!“	10
1010	Aktive Flüchtlingshilfe für Syrien, jetzt!	10
1011	Verbesserungen für Flüchtlinge: Mehrsprachige Broschüren, mehr Sozialarbeiter, umfassende Sprachkurse	11

TTIP

1012	TTIP Handel – nur wenn er fair ist	12
------	--------------------------------------	----

Allgemein

1018	Reform der Dublin III-Verordnung	14
1019	Deutschland als verantwortungsvolle Friedensnation – Informations- und Vetorecht für den Bundestag vor Waffenexportentscheidungen	14
1020	Zufluchtsrecht für afghanische HelferInnen	14

K | Kommunal- und Landespolitik

K001	LandLebensWert! Unser Aktionsprogramm für ländliche Räume	15
K003	Keine Privatisierung gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger	23
K005	Wahlssystem demokratisieren – ungerechte Mandatsvergabe bei Direktwahlen verhindern!	23
K006	Neues Wertstoffgesetz darf nicht zu Lasten kommunaler Abfallwirtschaftsbetriebe gehen!	23

O | Organisationsfragen

O001	Perspektivdebatte nur ein erster Schritt – Grundsatzprogrammdebatte vorbereiten	25
O002	Die SPD als moderne Gesellschaftspartei weiterentwickeln – Organisationskraft vor Ort stärken	25
O003	SPD ist die Partei der Zukunft – Online-Angebote	26
O004	Kommission zur Daseinsvorsorge	27
O005	Projekt 1.500	28
O007	Einrichtung eines Arbeitskreises (AK) HumanistInnen und Säkulare beim Bezirksvorstand	28
O010	Jetzt aber wirklich – Unvereinbarkeitsbeschluss mit Studentenverbindungen umsetzen und ausweiten	28

Das Beschlussbuch beinhaltet die Beschlüsse sowie die weitergeleiteten Materialien.

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

Inhaltsverzeichnis

S | Satzung

S001	Mehr Flexibilität bei der Anwendung von Geschlechterquote beim Regionalproporz	30
S002	Für die Herstellung gleichberechtigter Teilhabe am politischen Prozess – Geschlechterquote in den Kommunalparlamenten	30
S003	Unmittelbare Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag durch die Ortsvereine	30

INI | Resolutionen und Initiativanträge

Resolutionen

INI001	RESOLUTION	31
	Ohne Angst und ohne Träumereien: Gemeinsam in Deutschland leben	

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

I | Europapolitik

Antrag Nr. 1001

Europa – geht besser!

Die Europäische Union stellt weltweit eine einzigartige Entwicklung dar. Sie hat Menschen und Staaten zusammengebracht und ist eine stabile Friedensmacht. Noch nie gab es in der Geschichte Deutschlands eine so lange Zeit des Friedens. Häufig wird dies als selbstverständlich betrachtet und nicht mehr aktiv wahrgenommen. Die EU steht aber für gemeinsame Grundrechte, Solidarität, gelebte Demokratie und gehört zu unserem alltäglichen Leben dazu.

Zunehmend wird dieses Projekt in Frage gestellt. Die Krisenfolgen von 2008/9 sind noch nicht überwunden und Europa leidet unter Arbeitslosigkeit und Investitionsschwäche. Eine allein auf Austerität aufbauenden Wirtschafts- und Fiskalpolitik unterfüttert die Spaltung der Gemeinschaft. Renationalisierungstendenzen, unsolidarisches Verhalten, Chauvinismus und rechtspopulistische Strömungen nagen am gemeinsamen Haus.

Uns Sozialdemokrat_innen ist bewusst, dass die europäische Entwicklung eben kein fertiges Produkt und schon gar nicht „alternativlos“ ist. Die Europäische Union kann durchaus scheitern. Unsere Freiheit, unser Frieden, unsere Demokratie und unser wirtschaftlicher Wohlstand müssen stetig neu erstritten werden. Eine Rückkehr zur Nationalstaatlichkeit und Abschottung sind aber keine Alternativen, mit denen es den Menschen besser geht.

Es gilt nun diese außerordentliche Errungenschaft zu verteidigen und Krisen solidarisch zu bewältigen. Wir müssen nicht nur Fürsprecher der Europäischen Union sein. Wir müssen auch proaktiv handeln, reden und agieren. Als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern besteht die Herausforderung, die Zustimmung zum Integrationsprojekt Europäische Union zu stärken und die Diskussion über die richtige Politik in der EU und eine konstruktive Weiterentwicklung dieses Projektes zu intensivieren. Damit dies gelingt müssen wir das europäische Projekt gemeinsam und auf allen Ebenen – vom SPD-Ortsverein bis zum SPD-Landesverband - diskutieren und weiterentwickeln. Nur so kann sich Europa und die Europäische Union entwickeln. Als Grundlage für diese notwendige Diskussion dient das anliegende Positionspapier.

Ausgangslage

Der Sommer 2015 war kein guter Sommer für die Europäische Idee. Allerdings so schlimm diese Tage für Europa und das griechische Volk waren, Europa und der Euro sind damit nicht gleich gescheitert. Der Euro wird als Gemeinschaftswährung - allen Unkenrufen zum Trotz - daran nicht zerfallen.

Wir als Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennen uns angesichts dieser Situation mehr denn je zu unserem Ziel, die Vereinigten Staaten von Europa zu realisieren. Europa ist ein Erfolgsmodell. 70 Jahre Frieden in Zentraleuropa sprechen für sich.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch immer nicht klar, welchen Weg Griechenland in den nächsten Monaten und Jahren einschlagen wird. War es richtig die Verhandlungen scheitern zu lassen? Klar sind momentan nur wenige Dinge. Die verschiedenen Rettungsschirme für die griechische Volkswirtschaft haben Griechenland nicht zurück auf einen nachhaltigen Wachstumskurs gebracht. Die gemachten Schulden, auch bei Gläubigerstaaten wie Deutschland, werden wohl zum großen Teil verloren sein. Unklar bleibt hingegen, ob ein teilweiser Schuldenerlass, eine Verlängerung des europäischen Hilfsprogramms ohne Strukturreformen besser gewesen wären.

Klar ist hingegen, dass die derzeitige Nicht-Lösung ein Scheitern der bisherigen Euro-Rettungspolitik der EU-Institutionen und des IWF's sind. Sie ist damit auch ein Scheitern von Merkels und Schäubles bisheriger Europapolitik.

Europa nach der Wahl 2014

Ende Mai 2014 wurde ein neues Europäisches Parlament gewählt. Die SPD und viele Schwesterparteien aus der Fraktion der S&D konnten Sitze hinzugewinnen. Allerdings wurde, das erklärte Wahlziel stärkste Fraktion in der europäischen Volksvertretung zu werden, verpasst. Das wichtigste Ziel mit dem Martin Schulz den künftigen EU Kommissionspräsidenten zu stellen, fand in Europa keine Mehrheit. Die EVP-Fraktion ist erneut stärkste politische Kraft in Europa geworden.

Hoch problematisch sind die Hinzugewinne der europaskeptischen und nationalistischen Parteien. In Deutschland hat davon vor allem die AfD profitiert. Das veränderte Wahlrecht hat es aber auch möglich gemacht, dass sogar die NPD ein Mandat erringen konnte. Diese Entwicklung zeigt, dass die europäische Integration offenbar nicht mehr vorbehaltlos geteilt wird. Die Politik der Barroso-Kommission hat offenbar dazu geführt, dass den Menschen nicht klar ist, welche Vorteile die europäische Integration für jeden Einzelnen bringt. Im Gegenteil das europäische Projekt scheint nur noch aus dem EU Binnenmarkt und der Handelspolitik zu bestehen. Die EU steht nicht mehr für sozialen Fortschritt.

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

Dennoch hat der vergangene Europawahlkampf auch gezeigt, dass man den SozialdemokratInnen in Europa ebenfalls nicht zutraut ein anderes Europa zu verwirklichen. Das ist etwas erstaunlich, da der Wahlkampf tatsächlich von europäischen Themen dominiert wurde. So waren die Unterschiede in der Kampagne durchaus zu erkennen. Das gilt insbesondere für die Spitzenkandidaten für das Amt des EU Kommissionspräsidenten.

Die Entscheidung den Europawahlkampf stärker zu personalisieren hat dem Wahlkampf dennoch gut getan und muss beibehalten werden. Da war es dann nur folgerichtig Juncker, als den Gewinner der Wahl, auch zum EU Kommissionspräsidenten zu wählen. Die EVP Fraktion ist die stärkste politische Kraft im Parlament und hat die Europawahlen gewonnen. Merkel und Cameron wollten von ihrem Spitzenkandidaten nach der Wahl dann aber nichts mehr wissen. Ihre Strategie war es zunächst einen anderen Kandidaten zu suchen, das Personaltableau der EU Kommission in Hinterzimmern auszukugeln und schließlich durch den Rat vorzuschlagen. Das hat das EU Parlament zu Recht verhindert. Hätten Merkel und Cameron sich durchgesetzt, wäre es Wahlbetrug gewesen. Auf absehbare Zeit wäre es nicht mehr glaubwürdig gewesen, einen Spitzenkandidaten für eine Europawahl aufzustellen. Somit ist die Wahl Junckers zum EU Kommissionspräsidenten ein Erfolg für die Demokratie in Europa.

Sozialdemokratisches Profil schärfen

Wir können uns mit dem Ergebnis als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten insgesamt nicht zufrieden geben. Wir sind im Europäischen Parlament genau wie auf Bundesebene in einer quasi Großen Koalition gefangen. Es wird daher darauf ankommen das sozialdemokratische Profil zu schärfen. Die Agenda der Juncker Kommission ist zwar ambitionierter als die seiner Vorgänger, aber viele Probleme werden nur unzureichend angegangen.

Die Arbeitslosigkeit ist extrem hoch und die Wachstumsraten innerhalb der Eurozone steigen nur sehr langsam. Die Eurokrise ist wie beschrieben nicht gelöst.

Die nächste Hinterlassenschaft ist die verfehlte EU Nachbarschaftspolitik der Barroso Kommission. Der alten EU Kommission ist es nicht gelungen Russland in die EU Erweiterungsstrategie einzubeziehen. Das ist bereits im westlichen Balkan, in Georgien aber auch zuletzt in der Ukraine kläglich gescheitert. Nach dem Machtwechsel in der Ukraine hat sich die Situation nochmal dramatisch verschärft. Neue EU Mitgliedsstaaten wie die baltischen Staaten aber auch Polen und Tschechien sehen ihre gewonnene nationale Unabhängigkeit und Sicherheit konkret bedroht und fordern einen harten Kurs gegenüber Moskau.

Hier ist die neue EU Kommission in der Klemme. Eine gemeinsame Außenpolitik der EU 28 wird damit deutlich schwieriger. Die EU darf die völkerrechtswidrige Annexion der Krim nicht unwidersprochen im Raume stehen lassen. Dennoch wird eine Verschärfung von Sanktionen und militärische Drohgebärden Russland kurzfristig nicht zu einer anderen Haltung zwingen.

Dies sind nur einige Herausforderungen vor denen das neue Europäische Parlament und die EU Kommission stehen. Die SPD muss sich hier deutlich positionieren. In den nächsten vier Jahren muss erkennbar werden, wie eine sozialdemokratische Mehrheit im EU Parlament und in der EU Kommission agieren würde. Nur so kann es gelingen die kommenden Europawahlen zu gewinnen.

Europa wieder zu einem sozialdemokratischen Projekt machen.

Investition in Wachstum und Beschäftigung

So wichtig strikte Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung sind. Dauerhafter nachhaltiger Schuldenabbau setzt wirtschaftliches Wachstum voraus. Ziel einer gemeinsamen demokratisch abgestimmten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sollte es deshalb sein, Europa auf einen innovationsgetragenen, nachhaltigen Wachstumskurs zu bringen. Es bedarf dazu auch umfassender europäischer Impulse für Wachstum und Beschäftigung als tragenden Pfeiler einer europäischen Krisenpolitik, die Reformen für Wettbewerbsfähigkeit und solide Finanzen mit Wachstum und Beschäftigung sowie einer stärkeren sozialen Dimension verbindet.

Der auf maßgebliches Betreiben der SPD und der europäischen Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen vereinbarte Europäische Wachstumspakt muss endlich zügig umgesetzt werden. Die Zusagen für ein europäisches Wachstumsprogramm wurden bislang nur zum kleineren Teil realisiert. Ein besonderer Schwerpunkt bei den Wachstumsmaßnahmen ist hierbei etwa auf Energieeffizienzprogramme bei Wohnen und Produktion, den Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln sowie auf wirtschaftliche Infrastrukturverbesserungen etwa beim Verkehr oder der Breitbandversorgung zu legen.

In Ländern, in denen administrative Schwächen die Umsetzung des Wachstumspaktes blockieren, sollen gezielte Implementationshilfen die Programme zum Erfolg führen. Perspektivisch sollten Mittel in einem europäischen Investitions-, Wachstums- und Aufbaufonds gebündelt werden, der gezielt Gelder für Zukunftsinvestitionen mobilisiert. Ein besonderer Schwerpunkt der europäischen Wachstumspolitik muss darauf gerichtet sein, die industrielle

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

Wettbewerbsfähigkeit Europas in den Leitmärkten der Zukunft zu verbessern und einen Prozess der Re-Industrialisierung in Europa anzustoßen.

Vertiefung der Währungs- und Wirtschaftsunion

Wir wollen eine demokratisch legitimierte, europäische Wirtschaftsregierung verwirklichen. Es geht dabei letztlich um nichts weniger, als den Geburtsfehler der europäischen Währungsunion zu beheben: die fehlende Flankierung der gemeinsamen Währung durch eine gemeinsame koordinierte Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierung sollte nicht nur auf die Sparziele des Stabilitäts- und Wachstumspaktes beschränkt bleiben. Es sind ebenso verbindlicher koordinierte Anstrengungen für Investitionen in Wachstum und Beschäftigung erforderlich. Auch müssen exzessive wirtschaftliche Ungleichgewichte im Euroraum, die eine der entscheidenden strukturellen Probleme der Wirtschafts- und Währungsunion darstellen, im Rahmen einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik mit längerfristig ausgeglichenen Leistungsbilanzen bekämpft werden. Hierzu müssen alle Mitgliedstaaten ihren Beitrag leisten. Auch treten wir dafür ein, dass in die Leitlinien für eine verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung künftig sozial- und beschäftigungspolitische Kriterien wirksam mit einfließen. Einen reinen EU-Wettbewerbspakt lehnen wir ab.

Europäische Arbeitslosenversicherung einführen

Darüber hinaus fordern wir die Schaffung einer europäischen Arbeitslosenversicherung, um der Währungsunion wirksame Instrumente zum Ausgleich von konjunkturellen Schwankungen zu geben. Dieses Instrument wird zunächst nur innerhalb der Eurozone eingeführt. Dazu wird ein europäischer Fond gebildet, in den alle Euro Länder einzahlen. Aus diesen Mitteln wird eine Basisleistung an Arbeitslose bezahlt. Diese Basisleistung kann bspw. 1.000 Euro monatlich für längstens ein halbes Jahr umfassen.

Die europäische Arbeitslosenversicherung würde einen Ausgleich schaffen zwischen EU Staaten, deren nationale Haushalte in Folge einer schwachen Konjunktur durch Sozialleistungen stark beansprucht werden. Durch die Befristung der Leistung ist auch ein dauerhafter Transfer ausgeschlossen. EU Staaten, die hohe Steuereinnahmen in Folge einer guten Konjunktur haben, zahlen kräftig ein und erhalten nur wenig Leistung aus dem Fonds zurück. Das mindert in den Geberländern den Spielraum für Steuersenkungen, die zu einer Überhitzung der Konjunktur in der betroffenen Volkswirtschaft führen könnten. Die Euro-Zone wäre dadurch gegenüber externen Schocks deutlich robuster aufgestellt.

Eine Gefahr die nationalen Arbeitslosenversicherungen zu harmonisieren besteht auch nicht, da die nationalen Versicherungssysteme nicht berührt sind. Es würde sich nur die Finanzierung einer neuen europäischen Basisleistung ändern.

Tatsächlich wäre in der derzeitigen Situation Deutschland wohl ein Geberland. Das ist aber nur eine Momentaufnahme. In den Jahren 2000 bis 2006 hätte die Bundesrepublik stark von einem solchen Fond profitiert und die Konjunktur in Irland und Spanien hätten sich wohl nicht so sehr überhitzt.

Haushalts- und Finanzpolitik der EU

Der Skandal um die Steuervermeidungsmodelle internationaler Großkonzerne hat verdeutlicht, wie wichtig eine gemeinsame Steuer- und Finanzpolitik in Europa ist. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aber auch kleine und mittelständischen Unternehmen haben nicht die Möglichkeit sich der Besteuerung durch den Nationalstaat zu entziehen, wie dies die großen Konzerne können. Daher ist es auch eine Frage der Steuergerechtigkeit und gerechten Verteilung von Lasten, hier entsprechende Modelle zu entwickeln.

Ziel muss es sein, Unternehmen in Europa einheitlich zu besteuern. So müssen Steuervermeidungspraktiken durch die Verlagerung des Unternehmenssitzes in einen EU Steuerparadies wie Irland oder Luxemburg vermieden werden. Dort, wo die Gewinne entstehen, muss auch die Steuer bezahlt werden.

Ferner brauchen wir eine Vereinheitlichung der Körperschaftssteuer. Hierbei ist zunächst die Bemessungsgrundlage einheitlich europäisch zu regeln. Beim Steuersatz kann man Korridore zulassen, die in den jeweiligen Mitgliedsstaaten variieren. Allerdings muss es eine Untergrenze geben. Sie könnte bspw. bei 20 Prozent liegen.

Darüber hinaus wollen wir auch weiterhin eine EU Finanztransaktionssteuer für die ganze EU.

Ein Teil des Steueraufkommens aus der EU Körperschaftssteuer und die Einnahmen der Finanztransaktionssteuer stehen direkt den EU Institutionen zur Verfügung. Das Europäische Parlament kann damit und den übrigen Eigenmitteln einen EU Haushalt mit EU Einnahmen beschließen und ist weniger von der Zahlungsbereitschaft der Mitgliedsstaaten abhängig.

Für eine neue EU Nachbarschaftspolitik

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

Wir wollen einen Neustart der EU Nachbarschaftspolitik. Dabei wird es darauf ankommen, Russland in die mögliche Erweiterungsstrategie der EU einzubeziehen. Bislang sieht Russland die Erweiterung von EU und Nato bis an die Grenze der Russischen Föderation als Bedrohung an. Die EU muss als Wertegemeinschaft natürlich auch offen sein für neue Beitrittskandidaten. Am Beispiel der Ukraine zeigt sich aber, wie sensibel damit umzugehen ist. Die Lösung kann langfristig nur in wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Kooperation liegen. Freihandel von Lissabon bis Wladiwostok kann eine Lösung sein, genau wie die Einbindung Russlands in eine europäische Sicherheitsarchitektur. Eine Aufnahme der Ukraine in NATO und EU kann nicht ohne Russlands Zustimmung erfolgen. Sozialdemokratische Politik muss es sein, erkennbar diesen Weg einzuschlagen und sich auch kritisch mit den Partnern in den baltischen Staaten, Polen, Ungarn und der Tschechei darüber auszutauschen.

EU Handelspolitik

Die Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP haben eines deutlich gemacht, Intransparenz und fehlende parlamentarische Kontrolle führen zu Recht zu Verunsicherung und Ablehnung eines solchen Vorhabens in der Bevölkerung. Dies muss für die EU Kommission ein Alarmsignal sein. Das Vertrauen der europäischen Bürgerinnen und Bürger muss durch transparente Verfahren und parlamentarische Kontrolle zurückgewonnen werden. Das gilt nicht nur für TTIP, sondern auch und gerade für Handelsabkommen mit kleineren Volkswirtschaften.

Für das geplante transatlantische Abkommen bleibt es bei unserer Position. Schiedsgerichte nach derzeitigen Vorbild lehnen wir ab. Wir fordern darüber hinaus die Anerkennung aller ILO Kernarbeitsnormen und lehnen Veränderungen von Verbraucher- sowie Umweltschutzstandards strikt ab.

Wir wollen, dass auch künftig das Europäische Parlament jedem Handelsabkommen zustimmen muss. Handelspolitik fällt nach gültigem EU Vertrag in die alleinige Zuständigkeit der Europäischen Union. Die Verhandlungen führt die EU Kommission. Am Ende müssen das Mandat aber auch das Verhandlungsergebnis demokratisch legitimiert werden. Das heißt aber auch, nicht alle 28 Mitgliedstaaten müssen ihrerseits jedes Handelsabkommen zusätzlich ratifizieren. Eine Konsequenz des Subsidiaritätsprinzip ist nämlich, dass die EU auch für alle Mitgliedsstaaten etwas abschließend regeln kann, was demokratisch mit Mehrheit durch ein vom Volk legitimiertes EU Parlament beschlossen wird. Die Mitgliedsstaaten werden auch weiterhin über den Rat beteiligt und stimmen dem Verhandlungsergebnis ebenfalls mit Mehrheit zu.

Nach der Wahl ist vor der Wahl – Die SPD wird einen Zukunftsdialog über Europa 2020 führen

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Wir wollen die Diskussion um die Zukunft nicht akademischen Zirkeln in der Partei überlassen. Unsere Überzeugungen müssen wir regelmäßig auch mit Wählerinnen und Wählern diskutieren und jeweils neu justieren.

Dazu wollen wir Themen identifizieren. Diese Themen finden wir im Austausch mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kirchen und NGOs, die sich für die europäische Integration stark machen. Dieses Identifizieren von Themen hilft uns, für die nächste Europawahl rechtzeitig Projekte und schließlich Kampagnen zu entwickeln.

Dafür wird der SPD Bezirk Hannover eine Arbeitsgruppe einrichten, die auf dem Parteitag 2017 Bericht erstattet. Die Gruppe sollte auch die Unterbezirke in geeigneter Weise beteiligen. Daneben setzt sich der Bezirk Hannover dafür ein, den europapolitischen Dialog auch auf Landes- und Bundesebene zu führen.

Für ein europäisches Wahlrecht zur nächsten Europawahl

Zur nächsten Europawahl 2019 brauchen wir ein einheitliches europäisches Wahlrecht. Es kann nicht sein, dass es 28 verschiedene Wahlsysteme mit unterschiedlichen Hürden gibt. Es ist anzustreben vergleichbar große Wahlkreise zu bilden und eine zweite Stimme für eine Liste einzuführen. Die Listen müssen europaweit wählbar sein, wobei Listenverbindungen unterschiedlicher Parteien möglich sind. Diese Listen müssen europaweit mindestens fünf Prozent der Stimmen erzielen, damit ein Einzug ins Parlament möglich ist. Für kleine Mitgliedsstaaten und Minderheiten kann es Ausnahmen geben.

Ein solches Wahlsystem ist gerechtfertigt angesichts der neuen gestärkten Rolle des EU Parlaments. Bei 700 Abgeordneten braucht es klare Verhältnisse, um eine konstruktive Arbeitsweise des Parlaments sicherzustellen und stabile Mehrheiten zur Wahl der EU Kommission zu bilden. Bis dahin ist noch ausreichend Zeit unterschiedliche Vorschläge zu erarbeiten und zu diskutieren. An dieser Diskussion wird sich die Arbeitsgruppe des Bezirks ebenfalls beteiligen.

Annahme in geänderter Fassung.

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

Antrag Nr. 1004

Kein Frieden mit dem Friedenswinter – gegen Antisemitismus, Querfront und völkisches Gedankengut.

Seit dem Frühjahr vergangenen Jahres kommt es in Deutschland zu sogenannten Friedensdemos beziehungsweise Mahnwachen an Montagen. Die Demonstrationen richten sich nach eigener Aussage gegen die "gleichgeschalteten" Medien, gegen einen angeblich geplanten Krieg mit Russland und gegen die Politik des FED (Federal Reserve System).

Im Herbst schlossen sich diese Mahnwachen mit der traditionellen Friedensbewegung zusammen um zum Friedenswinter 2014/2015 aufzurufen. Gemeinsam wird zu vielen Veranstaltungen aufgerufen, es gab etwa eine gemeinsame Konferenz am 11. Oktober 2014 in Hannover. Höhepunkte sollen die Ostermärsche und Demonstrationen am 8. Mai sein.

Wir Jusos Bezirk Hannover setzen uns für eine friedliche Weltordnung ein. Diese muss sich an unseren Grundwerten richten. Kriegerische Auseinandersetzungen sollen ebenso wie Diskriminierung und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören. Deshalb lehnen wir die Aktion des "Friedenswinters" und die Montagsmahnwachen ab. Beide stehen unseren politischen Werten entgegen.

Die OrganisatorInnen stehen nicht für eine progressive Politik.

Die OrganisatorInnen und UnterstützerInnen des Friedenswinters stehen zu großen Teilen nicht für eine progressive Politik. Die Rhetorik dieser Personen ist zu häufig von antisemitischen Ressentiments, Verschwörungstheorien und völkischen Phrasen durchsetzt. Ken Jebsen ist ein zentraler Akteur der Bewegung. Bis 2011 war er Radiomoderator beim RBB bis er wegen antisemitischer Ausfälle entlassen wurde. Heute verbreitet er seine antisemitischen Ansichten und Verschwörungstheorien auf seiner eigenen Homepage KenFM. Ein weiterer Organisator der Mahnwachen ist Jürgen Elsässer, der die ultrakonservative Zeitung Compact betreibt.

Die OrganisatorInnen kritisieren die gleichgeschalteten Medien, die von dunklen Mächten kontrolliert seien und deshalb über die Bewegung kritisch berichten. Interviewaussagen des Anmelders der Berliner Mahnwache, Lars Märholz, in denen er sich dahingehend äußert, dass die FED für alle Kriege in den letzten 100 Jahren verantwortlich sei, sind klar geschichtsrevisionistisch einzuordnen. Solche Aussagen sprechen Deutschland von der Verantwortung für die Verbrechen der Nazis frei und behauptet, dass die Menschen von geheimen KriegstreiberInnen angestachelt würden. Diese Rhetorik kennt man bereits von den NationalsozialistInnen, die auch der Auffassung waren, das deutsche Volk vor KriegstreiberInnen beschützen zu müssen.

Für uns Jusos ist klar: diese Menschen repräsentieren nicht unsere Politik. Wir wollen keinen Vorschub leisten zu Antisemitismus, Verschwörungstheorien und Geschichtsrevisionismus.

Die Kapitalismuskritik ist nicht emanzipatorisch.

Die Kapitalismuskritik der Friedensbewegung ist ausgrenzend und monokausal. In ihr wird der Kapitalismus durch starke Fokussierung auf BankerInnen, die FED und Zinspolitik simplifiziert, monokausal und völkisch-antisemitisch kritisiert. Einzelne Personen werden für das Übel des Kapitalismus verantwortlich gemacht. Gleichzeitig wird ein "Zins-System" als Kernübel des Kapitalismus verantwortlich gemacht.

Wir Jusos wissen, dass das kapitalistische System totalitär und unabhängig von einzelnen Menschen besteht. Wir suchen keine Schuldigen für das System, unser Ziel bleibt die Überwindung dessen.

Antisemitismus lehnen wir ab.

Die Mahnwachen und der Friedenswinter dienen als Grundlage der Artikulation für antisemitische Vorurteile und Ressentiments. Kritik wird pauschalisiert an Regierungen, "der Ostküste" und sogar offen an "zionistische Banken" geäußert. Darüber hinaus zeigt sich seit dem letzten Gaza-Krieg ein klarer israelbezogener Antizionistischer-Antisemitismus mit den typischen Merkmalen der NS-Vergleiche, Doppelstandards und Symbolbilder, die traditionell antisemitisch sind. Insbesondere bieten die Demonstrationen immer wieder Plattformen für antisemitische Gruppen und Einzelpersonen.

Wir Jusos lehnen Antisemitismus ab. Die Solidarität mit allen Jüdinnen und Juden ist für uns Verbandsmaxime genauso, wie unsere kritische Solidarität mit dem Staat Israel. Wir lehnen jegliche Dämonisierung des Staates Israel ab.

Keine Verharmlosung des Nationalsozialismus

Ein Kernkritikpunkt der Friedensbewegung ist die Außenpolitik der USA und die Politik der NATO. Als progressiver Mensch kann man sicherlich eine Reihe von Entscheidungen der USA und der NATO kritisch sehen. Die Kritik der Friedenswinterbewegung ist aber deutlich umfassender. Im Rahmen der Demonstrationen gegen die Sicherheitskonferenz wurde die NATO als schlimmster Kriegstreiber der Geschichte dargestellt und damit das millionenfache

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

Leid, dass durch den 2. Weltkrieg ausgelöst wurde verharmlost. Diese Kritik ist durchaus kein Einzelfall sondern eher die allgemeine Ansicht der Bewegung.

Wir Jusos bekennen uns klar zu der Ansicht, dass der Nationalsozialismus und die durch ihn ausgelösten Kriege das zentrale Verbrechen der Menschheit und lehnen jede Relativierung und Verharmlosung ab.

Entschieden der Querfront entgegenzutreten.

Die Mahnwachen- und Friedenswinterbewegung öffnet sich für rechte und linke Politik. So soll ein Grundkonsens geschaffen werden zu den zentralen inhaltlichen Übereinstimmungen. Aus diesem Grund finden sich neben Menschen, die sich als "links" sehen, viele ReichsbürgerInnen, verschwörungsideologischen Gruppierungen und ZinskritikerInnen. Lars Mährholz sucht den Handschlag mit dem Burschenschaftler Michael Vogt, der mit dem NPD Funktionär Olaf Rose eine reversionistische Dokumentation über Rudolf Heß produziert. Darüber hinaus zeigt sich immer wieder eine Nähe zu rechtsradikalen Bewegungen.

Der Friedenswinter wird gleichzeitig von vielen Abgeordneten der Partei "Die Linke" unterstützt. Dieter Dehm, Sarah Wagenknecht, Christine Buchholz und weitere traten etwa bei einer Demonstration am 13.12.2014 auf. Darüber hinaus wird der Friedenswinter auch finanziell durch eine Anzeige in der Friedenswinterzeitung unterstützt.

Für uns Jusos ist die Zusammenarbeit mit rechten Gruppierungen nicht hinnehmbar. Im Kampf gegen den Faschismus und eine neue Weltordnung kann es keine Zeit- und Zweckbündnisse mit rechten und anti-emanzipatorischen Gruppen geben.

Deshalb: Kein Frieden mit dem Friedenswinter

Der Friedenswinter bietet Anschluss für Personen die einem antisemitischen, paranoidem, rassistischem Weltbild folgen und eine verkürzte Kapitalismuskritik propagieren.

Wir Jusos stehen für eine gerechte und friedliche Welt. Wir stehen für die Überwindung von Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus. Diese Ziele sind mit dem Friedenswinter nicht zu erreichen.

Wir rufen aus diesen Gründen alle Personen dazu auf, sich nicht an den Aktionen des Friedenswinters zu beteiligen und entschieden gegen Antisemitismus, regressive Kapitalismuskritik und Querfrontsbewegungen entgegenzutreten.

Überweisung als Material an den Bezirksvorstand

Adressat

Bezirksvorstand

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

I | Flüchtlingspolitik

Antrag Nr. 1005

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Weltweit sind über 59 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Terror und Vertreibung. In Deutschland werden in diesem Jahr 400.000 Asylbewerberinnen und Asylbewerber erwartet, davon ca. 37.500 in Niedersachsen. Die steigende Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen nach Deutschland stellt Bund, Länder und Kommunen vor erhebliche Herausforderungen. Viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich für die Flüchtlinge. Diesen Menschen gilt unser Dank.

Laut der jüngsten Studie des UNHCR sind 51 Prozent aller Flüchtlinge noch keine 18 Jahre alt. Rund ein Drittel aller nach Deutschland einreisenden Flüchtlinge sind laut UNICEF noch Kinder. Die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF) ist im Jahr 2014 auf den alarmierenden Stand von über 34.000 Menschen gestiegen. In Deutschland haben im Jahr 2014 ca. 4.400 Minderjährige Asyl ersucht, im Zeitraum Januar bis März 2015 waren es bereits 1487. Ihnen gegenüber gilt unsere besondere Pflicht zu Fürsorge und Schutzgewährung.

Der Bezirk Hannover fordert,

- die Anhebung der Asylmündigkeit auf 18 Jahre.
- die Qualifizierung weiterer Jugendhilfeeinrichtungen für die Aufnahme der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Dies gilt besonders für die sozialpädagogische Betreuung traumatisierter Kinder.
- die rechtliche Handlungssicherheit im Umgang mit den Schnittstellen zwischen Jugendhilfe und Aufenthaltsrecht bei der Gewährung von Hilfen z. B. durch die Ausweitung von Fortbildungen und Zusatzqualifikationen.
- die Unterbringung, Versorgung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Kinder und Jugendlicher zu verbessern, insbesondere im Bereich der psychotherapeutischen Betreuung.
- im Rahmen eines landesinternen Verteilungsverfahrens den Vorrang und die Prüfung des Kindeswohls zu gewährleisten, wobei bestehende Kontakte sowie die Interessen der betroffenen Jugendlichen durch Einbindung in den Entscheidungsprozess zu berücksichtigen sind.
- mehr Vormünder für UMFs entsprechend der EU-Aufnahmerichtlinie (gültig ab Juli 2015) durch Schulung qualifizieren und begleiten.

Annahme

Antrag Nr. 1006

Verbesserung der personellen und finanziellen Ausstattung der Flüchtlingsarbeit

Erledigt bei Annahmeveron 1005.

Antrag Nr. 1007

Verbesserte Integration für Flüchtlinge und finanzielle Entlastung der Kommunen

Die Bundesregierung und das Land Niedersachsen werden aufgefordert, die Integrationsangebote für Flüchtlinge deutlich zu verbessern und die Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen in den Kommunen vollständig zu übernehmen.

Überweisung als Material an den Bezirksvorstand (Auftrag einer zu bildenden AG: Erarbeitung eines Gesamtantrages für den Bundesparteitag).

Adressat
Bezirksvorstand

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

Antrag Nr. 1009

„Asyl dort beantragen, wo es schließlich gebraucht wird!“

Im vergangenen Jahr haben rund 200.000 Menschen einen Asyl- oder einen Asylfolgeantrag in Deutschland gestellt. Viele von ihnen mussten illegal in die Bundesrepublik Deutschland einreisen und sich somit strafbar machen. Dies ist eine Problematik, die seit Jahren bekannt ist und dazu führen kann, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber straffällig werden.

Das europäische Asyl- und Flüchtlingssystem sieht vor, dass ein Flüchtling in dem Mitgliedsstaat, wo er zum ersten Mal in Erscheinung tritt, gemeldet wird und ein Asylverfahren eröffnen kann. Die Eröffnung eines Asylverfahrens beinhaltet viele Restriktionen und Einschränkungen, solange wie das Verfahren läuft. In Deutschland übernimmt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Bearbeitung eines Asylverfahrens. Die Bearbeitung eines Asyl-antrags kann derzeit mehrere Monate, in Einzelfällen sogar Jahre dauern. Während des Asylverfahrens sind dem Asylbewerber beziehungsweise der Asylbewerberin ebenso Einschränkungen auferlegt. So ist es ihm unter anderen Verboten sich außerhalb der Bundesrepublik aufzuhalten.

Die Möglichkeiten ein Asylverfahren auf legalem Wege in Deutschland einzuleiten sind sehr gering und kompliziert, da ein Flüchtling dort gemeldet wird, wo er das erste Mal eine europäische Grenze übertritt. Dies ist aufgrund der geographischen Lage der Bundesrepublik entsprechend unrealistisch.

Als Konsequenz reisen viele Flüchtlinge auf illegalen und teilweise gefährlichen Wegen nach Deutschland, um dort ein Asylverfahren zu eröffnen und möglicherweise eine neue Heimat zu finden.

Bisher wird die Möglichkeit ausgeschlossen ein Asylverfahren in dem jeweiligen Heimatland einzureichen. Die Ermöglichung dieses Verfahren hätte zwei zentrale Auswirkungen: zum einem würden weniger Flüchtlinge in die Not geraten, dass sie aufgrund ihrer illegalen Einreise straffällig werden und zum anderen könnte die Arbeit des BAMF optimiert und vereinfacht werden.

Daher fordern wir die Bundesregierung dazu auf:

- Asylverfahren auch außerhalb von Deutschland zu ermöglichen.
- Die Bewertung von Asylverfahren auch darauf hin prüfen, ob humanitäre und soziale Einschränkungen im Herkunftsland vorhanden sind.
- Die Entkriminalisierung von Flüchtlingen, die illegal in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind zu prüfen und bei bestehenden relevanten Fällen eine Niederlegung des Strafverfahrens in Erwägung zu ziehen.

Überweisung als Material an den Bezirksvorstand (Auftrag einer zu bildenden AG: Erarbeitung eines Gesamtantrages für den Bundesparteitag).

Adressat
Bezirksvorstand

Antrag Nr. 1010

Aktive Flüchtlingshilfe für Syrien, jetzt!

Der SPD-Bezirk Hannover fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich in der Flüchtlingsfrage Syriens und seiner Anrainerstaaten für eine aktive Asylpolitik Deutschlands und seiner Verbündeten einzusetzen, d.h.

1. den aktiven und geordneten Transport von Flüchtlingen nach Deutschland und andere sichere Staaten der Europäischen Union (EU)
2. die Zusammenführung von Familien (ggf. mit bereits dort ansässigen Angehörigen) innerhalb der EU
3. die deutliche Aufstockung von Anzahl und Personal der Erstaufnahmeeinrichtungen und der Flüchtlingsunterkünfte mittels finanzieller Zuschüsse des Bundes
4. die finanzielle Sicherung der Anreise zu den Flüchtlingsunterkünften sowie der Grundversorgung in den ersten Tagen durch eine „Refugee Card“
5. eine schnelle und umfassende Integration der Flüchtlinge in Politik und Gesellschaft sowie den Arbeitsmarkt.

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

Überweisung als Material an den Bezirksvorstand (Auftrag einer zu bildenden AG: Erarbeitung eines Gesamtantrages für den Bundesparteitag).

Adressat
Bezirksvorstand

Antrag Nr. 1011

Verbesserungen für Flüchtlinge: Mehrsprachige Broschüren, mehr Sozialarbeiter, umfassende Sprachkurse

Wir fordern, dass im Bezirk Hannover mehrsprachige Broschüren für Flüchtlinge erstellt werden und an ankommende Flüchtlinge auszugeben. Diese Broschüren sollen den Flüchtlingen die Ankunft erleichtern, indem sie die Flüchtlinge mit der Gesellschaft und Kultur in Deutschland vertraut machen (z.B. Informationen über Infrastruktur vor Ort wie Spielplätze, Ärzte o. Schulen; ihre Rechte und Pflichten im Asylverfahren).

Eine Kooperation der Landkreise und dem Land sollte geprüft werden, um ein finanzierbares und fachlich korrektes Ergebnis zu erzielen.

Ferner fordern wir eine größere Anzahl von SozialarbeiterInnen für eine umfassende Flüchtlingsbetreuung niedersachsenweit. Die bisherige Situation ist untragbar, Ehrenamtliche BetreuerInnen sind unschätzbar wichtig, allerdings können sie diese Aufgabe nicht allein bewältigen. Fachlich ausgebildetes Personal ist unerlässlich, damit die Kommunen niedersachsenweit eine zielführende Betreuung der Flüchtlinge sicherstellen können.

Zusätzlich darf mit der Vermittlung von Sprachkenntnissen nicht erst begonnen, sobald ein gesicherter Aufenthaltstitel vorliegt.

Wir fordern die Einführung von grundlegenden Sprachkursen bereits zu dem Zeitpunkt, ab dem feststeht, dass die Flüchtlinge zunächst einmal in der Kommune bleiben werden. Zumindest ein großer Teil der Flüchtlinge sollte an diesen Sprachkursen teilnehmen können. Viele dieser Menschen werden lange in Deutschland bleiben und hier wird unserer Ansicht nach unnötig Zeit verschwendet. Integration kann ohne Sprache nicht gelingen. Sich verständigen zu können ist aus unserer Sicht unabdingbar für eine menschenwürdige Unterbringung dieser Menschen.

Die Finanzierung dieser Sprachkurse ist mit dem Land abzustimmen.

Überweisung als Material an den Bezirksvorstand (Auftrag einer zu bildenden AG: Erarbeitung eines Gesamtantrages für den Bundesparteitag).

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

I | TTIP

Antrag Nr. 1012

TTIP | Handel – nur wenn er fair ist

Das geplante Handels- und Investitionsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) (Transatlantic Trade and Investment Partnership, kurz: TTIP) ist das wohl mit Abstand kontrovers diskutierte in der Geschichte der EU-Handelspolitik. Seit dem Jahr 2013 verhandeln die EU und die USA über ein gemeinsames Handelsabkommen. Bisher gab es insgesamt zehn Verhandlungsrunden, die bisher jedoch zu keinen Vereinbarungen oder konkreten Ergebnissen führten.

Schon jetzt ist das Handelsvolumen mit den USA sehr groß und viele Arbeitsplätze hängen an diesem Handel - auf beiden Seiten des Atlantiks. Dies ist auch ein Ausdruck der globalisierten Ökonomie, die sich nationalstaatlichen Regulierungen entzieht. Zum anderen werden nicht mehr komplette Waren getauscht, sondern die industrielle Produktion vollzieht sich in globalen Wertschöpfungsketten: bis zu 40 Prozent Wertanteil der deutschen Exportprodukte bestehen heute aus importierten Vorprodukten. Eine solche vernetzte und globalisierte Wirtschaft braucht vor allem klare Regeln. Es muss sichergestellt werden, dass Handel fair gestaltet wird und den Menschen vor Ort nützt. Insofern ist es unsere Hausaufgabe, die Arbeits- und Handelsbeziehungen so zu gestalten, dass die wirtschaftliche Entwicklung zum Vorteil der Arbeitnehmer_innen und zur Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen genutzt wird. Stabilisierung der Wertschöpfungsketten auf hohem Niveau, mit hohen Standards und Stärkung der fundamentalen Arbeitnehmerrechte und Umweltstandards, müssen heute Gegenstand eines Handelsabkommens sein.

Auch Niedersachsen ist ein export/importorientiertes Land und die Industrie und Dienstleistungen sind in globale Wertschöpfungsketten verwoben. Die USA sind für viele niedersächsische Unternehmen ein wichtiger Handelspartner. Rund 170 niedersächsische Unternehmen haben eine eigene Niederlassung in den USA. Im Jahr 2014 lag das Gesamtvolumen der Handelsbeziehungen zwischen den USA und Niedersachsen bereits bei 7,4 Mrd. Euro. Die Ausfuhren hatten einen Wert von 4,6 Mrd. Euro, was etwa sechs Prozent der Ausfuhren ausmacht und damit sind die USA wichtiges Zielland (außerhalb Europas) für niedersächsische Ausfuhren. Abbau von Zöllen, Vereinfachung von Zulassungsverfahren, gegenseitige Anerkennung von Standards, Beseitigung von Doppelzertifizierungen, Abbau von bürokratischen Hürden, Vereinfachung der Grenz- und Zollformalitäten, Anerkennung von Berufsqualifikationen, Arbeitsvisa uvm. würden niedersächsische Klein- und Mittelbetriebe stärken, ihre Innovations- und Investitionspolitik beeinflussen und damit Beschäftigung stärken.

Viele Bürgerinnen und Bürger Europas hegen jedoch berechtigte Sorgen und Befürchtungen, die wir sehr ernst nehmen. So empfinden viele Europäerinnen und Europäer die Verhandlungen als einseitig, intransparent und lediglich wirtschaftlichen Interessen folgend. Sie fürchten eine neo-liberale Wirtschaftsordnung, die soziale Rechte und gute Standards in Frage stellt. Es gibt diverse Bereiche, die für uns nicht verhandelbar sind oder die nichts in einem Handelsabkommen zu suchen haben.

Seit Beginn der Verhandlungen mit den USA haben wir als SPD hier eine eindeutige Botschaft ausgesendet und die gilt weiterhin:

Handel – nur wenn er fair ist!

Dazu sind folgende sechs Punkte zentral:

Die SPD setzt sich ein

1. für Verhandlungen auf Augenhöhe, die eine ambitionierte Verbesserung des gegenseitigen Marktzugangs, der Abbau von nichttarifären Handelshemmnissen und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Regelwerken sowie die Entwicklung gemeinsamer Bestimmungen in Bezug auf Herausforderungen und Möglichkeiten in der globalisierten Ökonomie bringen. Ziel muss ein gutes Handels- und Investitionsabkommen sein, durch das nachhaltiges Wachstum gefördert wird, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze für niedersächsische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestärkt werden, niedersächsische Verbraucherinnen und Verbraucher direkt begünstigt werden, die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöht wird und neue Möglichkeiten für Unternehmen aus Niedersachsen, insbesondere KMU, geschaffen werden.
2. für die Sicherung von europäischen Standards, insbesondere im Verbraucherschutz. Weder die öffentliche Daseinsvorsorge, die hohen Verbraucher- und Umweltstandards in der EU, noch kulturelle und audiovisuelle Dienstleistungen sind für uns verhandelbar. Sozial-, Umweltschutz-, Datenschutz-, Verbraucherschutz- und Arbeitsrechtsstandards müssen auf einem hohen Schutzniveau erhalten bleiben und ausgebaut werden. Private Schiedsstellen (ISDS) lehnen wir ab, da dies eine Besserstellung von ausländischen Investoren ist und demokratisch herbeigeführte Entscheidungen für das Allgemeinwohl dadurch nicht unterlaufen werden dürfen. Wir brauchen klare Ausnahmeregelungen für sensible Dienstleistungen, wie öffentliche Dienstleistungen und öff-

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

entliche Versorgungsleistungen (u. a. Wasser, Gesundheit, Sozialversicherungssysteme und Bildung), die den nationalen und lokalen Behörden genug Spielraum für den Erlass von Gesetzen im Interesse der Öffentlichkeit belassen.

3. für die Umsetzung der Beschlusslage des Parteikonventes vom 20. September 2014 auf allen Ebenen. Die SPD bekräftigt erneut den Konventsbeschluss vom September 2014 und begrüßt, dass das Europäische Parlament am 8. Juli 2015 in einem Beschluss zu den TTIP-Verhandlungen die Position des Konventsbeschlusses voll umfänglich aufgenommen hat und damit eine klare europäische Position formuliert hat (siehe Anlage). Wir fordern die EU-Kommission auf, diese Position zur Leitschnur in den Verhandlungen zu machen und nicht davon abzuweichen.
4. für eine stetige Verbesserung der Transparenz der Verhandlungen und die Veröffentlichung der fundamentalen Verhandlungsvorschläge, so dass alle Bürgerinnen und Bürger offen mit diskutieren können; gerade aufgrund der breiten Skepsis in der Bevölkerung und der geringen Akzeptanz, setzen wir uns dafür ein, dass ein hohes Maß an Transparenz gewährleistet wird
5. für eine Grundhaltung, die einen möglichen Abschluss eines Abkommens an den Inhalt knüpft und nicht an die Geschwindigkeit der Verhandlungen. Eine Frist für ein Verhandlungsende zu setzen, wie es Angela Merkel und Jean-Claude Juncker getan haben, ist nicht akzeptabel. Es muss Qualität vor Quantität gelten;
6. für eine breite und aktive Beteiligung aller involvierten Akteure an den Verhandlungen. Moderne Handelsverträge können nur ausgehandelt werden, wenn eine breite Diskussion in der Gesellschaft erfolgt, da die vertraglichen Bedingungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln sind.
7. Die SPD wird keiner Vereinbarung zustimmen, die Schiedsgerichte legitimiert.

Letztendlich wird zuerst das Europäische Parlament entscheiden, ob man dem geplanten TTIP-Abkommen zustimmen kann, oder es abgelehnt werden muss. Die Messlatte für die Bewertung ist am 08. Juli 2015 gelegt worden. Die dort formulierten Anforderungen müssen natürlich auch für andere Handelsabkommen gelten, wie auch für das geplante Abkommen mit Kanada (CETA).

Annahme in geänderter Fassung.

Adressat

SPE-Fraktion

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

I | Allgemein

Antrag Nr. 1018

Reform der Dublin III-Verordnung

Die Bundesregierung setzt sich für eine Reform der Dublin III-Verordnung dahingehend ein, dass ein europäisches Quotenmodell für die Verteilung von Asylbewerbern eingeführt wird. Dies berücksichtigt als Faktoren die Wirtschaftskraft, die Bevölkerungszahl, die Fläche und die Höhe der Arbeitslosigkeit in einem Land. Außerdem sollen europaweit die gleichen Standards bei der Bearbeitung der Asylanträge durchgesetzt und auf vergleichbare Standards in der Behandlung der Asylbewerber hingewirkt werden.

Überweisung als Material an den Bezirksvorstand (Auftrag einer zu bildenden AG: Erarbeitung eines Gesamtantrages für den Bundesparteitag).

Adressat
Bezirksvorstand

Antrag Nr. 1019

Deutschland als verantwortungsvolle Friedensnation – Informations- und Vetorecht für den Bundestag vor Waffenausfuhrentscheidungen

Dem Deutschen Bundestag wird ein Vetorecht zu gestellten Genehmigungsanträgen zur Ausfuhr von Waffen jeglicher Art zugesprochen.

Dem Deutschen Bundestag wird ein Informationsrecht zu gestellten Genehmigungsanträgen jeglicher Art zugesprochen. Das Informationsrecht umfasst Daten über den Hersteller, die Anzahl und Art der Waffen sowie den Bestimmungsort der Lieferung und Kenntnisse über die spätere Verwendung der Waffen.

Überweisung als Material an den Bezirksvorstand (Auftrag einer zu bildenden AG: Erarbeitung eines Gesamtantrages für den Bundesparteitag).

Adressat
Bezirksvorstand

Antrag Nr. 1020

Zufluchtsrecht für afghanische HelferInnen

Allen afghanischen HelferInnen und ihren Angehörigen, die mit den internationalen Streitkräften im Rahmen des internationalen Einsatzes der ISAF oder mit internationalen Hilfsorganisationen in Afghanistan zusammengearbeitet haben, soll Aufnahme in Deutschland gewährt werden, so sie dies wünschen.

Ihnen wird finanzielle Unterstützung gewährt und Hilfe beim Abschluss einer Ausbildung bzw. Studiums.

Als Material an die SPD-Bundestagsfraktion.

Adressat
SPD-Bundestagsfraktion

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

K | Kommunal- und Landespolitik

Antrag Nr. K001

LandLebensWert! Unser Aktionsprogramm für ländliche Räume

Niedersachsen ist das zweitgrößte Flächenland unserer Republik. Und in der Fläche lebt die große Mehrheit unserer Bevölkerung: Rund 5,2 der 7,8 Millionen und damit zwei Drittel der Niedersachsen wohnen in ländlich geprägten Räumen, die sehr unterschiedlich strukturiert sind. Diese Räume gliedern sich in dörflich strukturierte Gebiete als auch klein- und mittelstädtische Zentren. Dabei reicht das Spektrum von strukturschwachen Regionen über prosperierende Räume mit intensiver Landwirtschaft und Veredelungsindustrie bis hin zu starken und gut erschlossenen Regionen im Umland der großen Städte. Die Ausgangslage und Entwicklungschancen in den ländlichen Räumen stellt sich insgesamt also außerordentlich uneinheitlich dar.

Entscheidend ist: Wer gerechte, sozial und ökonomisch ausgewogene Landespolitik gestalten will, muss ein politisches Angebot für die gesamte Bevölkerung machen – ein Angebot, das auf die Interessen der Menschen in allen Regionen des Landes eingeht. Politik für ländliche Räume ist deshalb nicht etwa die bloße Verlängerung von Landwirtschaftspolitik oder gar reine Dorfpolitik, sondern handfeste und differenzierte regionale Strukturpolitik, die die unterschiedlichen Anforderungen der Regionen des Landes berücksichtigt und dabei die Funktionen der kleinen, mittleren und großen Städte miteinbezieht.

Mit der Landtagswahl 2013 haben wir in Niedersachsen das Mandat der Bevölkerung erhalten, in Regierungsverantwortung die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Genau diese Verantwortung nehmen wir wahr: Die Fehlentwicklung der Vergangenheit haben wir korrigiert, um nachhaltig in die Zukunft zu investieren. Wir wollen Politik für ein geeintes Land machen, bei dem die Interessen von Stadt und Land nicht gegeneinander ausgespielt, sondern miteinander gebündelt werden. Wir können dabei nicht allen alles versprechen. Was wir aber unbedingt herstellen wollen ist Chancengleichheit: Keine Ortschaft, keine Region darf abgehängt werden. Wir wollen stattdessen Entwicklungsperspektiven für alle Teilräume des Landes ermöglichen. Gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Land herzustellen – das ist unser Ziel.

Entscheidend für die SPD als Volkspartei ist, dass sie sich als Partei für ganz Niedersachsen versteht. Der Fokus muss dabei auf Integration und Balance von städtischen und ländlichen Räumen als vernetzte Regionen liegen. Es geht darum, die Idee von „Stadt und Land – Hand in Hand“ politisch zu organisieren. Nur so kann die Sozialdemokratie effektiv wirken – und dabei auch selbst erfolgreich sein. Deshalb haben wir das Aktionsprogramm „LandLebensWert!“ mit 40 konkreten Ideen und Bausteinen für eine neue Politik für ländliche Räume vorgelegt.

1. In Regionen denken: Wir schaffen eine Raumordnung entlang der Bedürfnisse der Menschen

Wer Regionen verstehen will, muss berücksichtigen, auf welchen Achsen und in welchen Räumen Menschen mobil sind. Dort, wo Menschen unterwegs sind, wo sie entlang pendeln, müssen attraktive Angebote entstehen. Das zeigt sich vor allem beim Thema Einkaufen: Zahlreiche Veränderungen haben den Einzelhandel in den ländlichen Räumen über die letzten Jahrzehnte stark geprägt. Entscheidend ist die Vielfalt: Vom Bringdienst vor Ort, der Bestellung im Internet, Wochenmärkte, fahrende Händler, Gründung von „Dorfläden“, Nachbarschaftshilfen – es gibt mehr Möglichkeiten denn je. Das klassische Verständnis der Raumordnungspolitik ausschließlich über zentrale Orte ist heute nicht mehr zeitgemäß. Wir wollen deshalb eine Raumordnungspolitik, die sich daran orientiert, wo die Menschen tatsächlich unterwegs sind. Das bedeutet auch, dass wir eine regional spezifizierte Entwicklung von Ortschaften in ihrer jeweiligen Region organisieren. Konkurrenz werden wir dabei nie völlig ausschalten, wir können sie aber mindern, indem wir lokale Schwerpunkte fördern. Deshalb wollen wir insbesondere das Konzept der Nahversorgungsschwerpunkte neben den klassischen Grundzentren stärken.

2. Gemeinschaft beginnt mit Begegnung: Wir schaffen Treffpunkte

Elementar für das Leben in den ländlichen Räumen sind Orte der Begegnung – Räume und Plätze, an denen Menschen zusammenkommen. Dies können klassisch Dorfgemeinschaftshäuser und vergleichbare Veranstaltungs- und Begegnungsräume sein, aber auch Kulturbühnen und soziokulturelle Treffpunkte. Ein wesentlicher Lösungsansatz ist dabei, vieles unter einem Dach zu versammeln. Dorf- oder Stadteilläden, Ehrenamtszentren oder gar CAP-Läden als Teil der konkreten Inklusion – alle diese Modelle sind zukunftsweisend und verdienen Unterstützung, auch durch Förderung. Unser Ziel ist es, in jedem Dorf flächendeckend in Niedersachsen Begegnungsorte weiterzuentwickeln.

3. Gleiche Bildungschancen fangen im Wohnort an: Wir schaffen Bildungshäuser

Im Mittelpunkt unserer Anstrengung steht ein Versprechen: Gleiche Bildungschancen für alle Kinder. Deshalb kommt es gerade in den ländlichen Räumen darauf an, dafür zu sorgen, dass der Zugang zu Bildungsangeboten

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

nicht vom Einkommen der Eltern, vor allem aber eben auch nicht vom Wohnort abhängt. Unser Ziel muss es sein, flächendeckend Bildungseinrichtungen qualitativ auszubauen und für alle erreichbar zu machen. Dies betrifft den frühkindlichen Bereich bei Krippen und Kindergärten, Grundschulen, aber auch weiterführende allgemein- und berufsbildende Schulen. Angesichts des demografischen Wandels und begrenzter Ressourcen müssen diese Einrichtungen heute gemeinsam gedacht werden. Deshalb unterstützen wir die Schaffung von Bildungshäusern, in denen Krippe und KiTa sowie verschiedene Schulformen unter einem Dach entwickelt werden. Weitere Möglichkeiten für die Entwicklung von Bildungshäusern liegen auf der Hand: Dazu gehören auch Nutzungsmöglichkeiten für Kulturschaffende und die Einrichtung von öffentlich und inklusiv zugänglichen Bibliotheken. Ebenso gehört frei verfügbares WLAN mit einem leistungsfähigen Internetzugang für die BesucherInnen dazu.

4. Lebens- und Arbeitsrealität anerkennen: Wir schaffen den KiTa-Ausbau

Wer in ländlichen Räumen lebt, pendelt häufig längere Strecken zwischen Wohnort und Arbeitsplatz. Gleichzeitig haben sich Arbeitszeiten und Arbeitsformen enorm verändert. Für Familien ist deshalb eine flächendeckend in allen Teilräumen des Landes ausgebaute Kinderbetreuung mit langen Öffnungszeiten in Krippen und Kindergärten unverzichtbar – darauf müssen sich Familien in allen Teilräumen des Landes verlassen können. Hier haben wir schon ganz viel auf den Weg gebracht – und wir haben noch viel vor: Wir wollen die Betreuungsqualität weiter stärken und noch mehr Angebote schaffen, um Beruf und Familie vereinbarer zu machen. Dies betrifft insbesondere das Angebot von Flexi-Gruppen und individuelle sowie inklusive Betreuungsangebote.

5. Die wichtigste Infrastruktur unserer Zeit: Wir schaffen das schnelle Netz für alle

Schnelles Internet – das ist für uns die wichtigste Infrastruktur unserer Zeit. In Niedersachsen bringen wir den Breitbandausbau gerade in ländlichen Räumen enorm voran, hierauf konzentriert sich die von uns geschaffene Förderkulisse. Das ist wichtig, weil gerade in ländlichen Regionen die entscheidende Wirtschaftlichkeitslücke besteht – Investitionen in den Netzausbau rentieren sich hier nur mit staatlicher Unterstützung. Der Breitbandausbau ist für uns Teil der Daseinsvorsorge im Sinne der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Um dies zu ermöglichen, unterstützen wir die Landkreise bei der Umsetzung kreisweiter Ausbauprogramme. Dabei ist uns wichtig: Wir wollen nachhaltige Investitionen wie beispielsweise in FTTH- bzw. FTTB-Netze, da künftig wesentlich höhere Bandbreiten benötigt werden. Unser Ziel bleibt die Anerkennung als Universaldienstleistung. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, auch für den Telekommunikationssektor eine kommunale Zuständigkeit mit einem Konzessionsrecht zu schaffen.

6. Immer länger geöffnet: Wir schaffen faire Öffnungszeiten und „Smart Regions“

Vieles wird künftig über das Internet erledigt werden können, aber eben nicht alles. Der persönliche Kontakt ist durch nichts zu ersetzen. Wer lange unterwegs ist, braucht auch längere Öffnungszeiten im Heimatort. Deshalb unterstützen wir Kommunen, die ihre BürgerInnenbüros länger und am Wochenende öffnen und darüber hinaus es ermöglichen, so viele Dienstleistungen wie möglich online, sowie barrierefrei zu nutzen. Wir halten die Digitalisierung für eine große Chance gerade für ländliche Räume: Indem wir die Vernetzung von Verwaltungen und Institutionen fördern, ermöglichen wir den BürgerInnen, zeit- und ortsunabhängig Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Dabei kommen klassische Verwaltungssachen in Betracht (E-Government), aber auch der Kontakt zu ärztlicher und pflegerischer Versorgung und weiteren Hilfsangeboten. Zudem können ehrenamtliche Arbeit, öffentlicher Personennahverkehr und vieles mehr mithilfe von netzbasierten Plattformen besser organisiert werden.

7. Auf dem Land am Start: Wir schaffen ein Programm für Ausbildung, Innovation und Gründerkultur für ländliche Räume

Entscheidend für die Zukunftschancen von Regionen ist die Verfügbarkeit von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen. Das wirtschaftliche Fundament in ländlichen Räumen liegt gerade bei kleinen und mittelständischen Unternehmen im Bereich von Industrie, Handwerk und Dienstleistungen sowie dem Agrarsektor. Diesen Bestand gilt es zu pflegen. Der Rückgang der Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger stellt besonders im ländlichen Raum kleine und mittlere Betriebe vor das Problem, freie Ausbildungsstellen geeignet zu besetzen. Wir wollen alles dafür tun, um Ausbildungsplätze auch im ländlichen Raum zu halten. Nur so schaffen wir es, dass die gut ausgebildeten jungen Menschen in der Region als Fachkräfte arbeiten und leben können. Nicht jeder Betrieb vor Ort kann alle Ausbildungsinhalte vorhalten. Für diese Betriebe müssen Lehrgänge in Einrichtungen der überbetrieblichen Berufsausbildung (ÜLU) stattfinden. Die ESF-Mittel der kommenden Förderperiode 2016 – 2020 wollen wir in gleicher Höhe mit Landesmitteln stützen. Und es gibt weitere Wachstumschancen: Gerade in ländlichen Räumen sind vielerorts kleine und mittlere Unternehmen als „Hidden Champions“ positioniert, die nicht nur regional, sondern sogar international tätig sind. Diese Unternehmen können vielfach ein Nukleus für weitere Entwicklung sein. Wir wollen zukunftsfähige Arbeitsplätze im ländlichen Raum entwickeln, deshalb setzen wir auf ein ExistenzgründerInnen- und

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

Innovationsprogramm für ländliche Räume. Dabei machen wir uns für den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft stark, indem wir auch ländliche Räume in der Wissenschaftspolitik einbeziehen. Gerade das Fachhochschulentwicklungsprogramm des Landes wird zu einem Innovationstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft im ländlichen Raum beitragen, hier fördern wir entsprechende Netzwerke zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und regionaler Wirtschaft.

8. Räume für Innovationen: Wir schaffen Coworking-Spaces und Maker-Treffs

Für eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Regionen kommt es gerade darauf an, regionale Wertschöpfungsketten strategisch zu planen und durch entsprechende Förderprogramme zu unterstützen. Dabei ist die Begleitung und Vernetzung von ExistenzgründerInnen besonders wichtig. Weltweit etablieren sich dabei „Coworking Spaces“ und „Maker Treffs“ (Gemeinschaftsbüros und -werkstätten) – ein Modell, das wir gerade für Klein- und Mittelstädte unterstützen wollen.

9. Gut zusammen wohnen: Wir schaffen ein Wohnungsbauförderprogramm für Mehrgenerationenwohnen und Inklusion

In einer Gesellschaft, die zunehmend durch Vereinzelung geprägt ist, kommt es darauf an, alle Formen des gemeinschaftlichen Lebens zu unterstützen – und das fängt beim Wohnen an. Wir wollen deshalb in der Förderpraxis bei Dorfentwicklung und Städtebauförderung einen neuen Schwerpunkt setzen. Wir fordern ein Wohnungsbauförderprogramm speziell für die ländlichen Räume, das An-, Um- und Neubauten unterstützt und auch den Rückbau ermöglicht. Diese Maßnahmen sollen generationsübergreifendes und/oder barrierefreies bzw. inklusives Wohnen unterstützen. In den demografisch bedingt schrumpfenden ländlichen Regionen erfordert der Umbau des Wohnungsbestandes dabei eine Koordination des Aufbaus neuer oder der Sanierung bestehender Wohnungen bei gleichzeitigem Rückbau nicht mehr genutzter bestehender Wohnungen. Dahinter steckt mehr als nur eine baupolitische Herausforderung: Zum einen basieren individuelle Konzepte der Alterssicherung auf der Nutzung bestehender, aber am Markt mittlerweile nicht mehr nachgefragter Wohnobjekte. Zum anderen sind die Bedarfe für energetische Sanierung gerade im Bestand so hoch, dass oftmals der Neubau wirtschaftlich rentabler ist als die Sanierung des bestehenden Objekts. In Hinblick auf das langfristige Funktionieren des Wohnungs- und Immobilienmarktes in ländlichen Räumen ist aber der Neubau nur dann wirtschaftlich tragfähig, wenn zugleich das Angebot an nicht mehr marktgängigen Objekten rückgebaut wird.

10. Lebendige Baukultur: Wir schaffen die Balance zwischen Um- und Neubau

Leerstand – das ist das sichtbarste Zeichen, wenn Kommunen in ländlichen Räumen zu veröden drohen. Dem wollen wir entgegenwirken, indem wir die Innenentwicklung fördern – hierbei streben wir die landesweite Verbreitung des Programms „Jung kauft alt“ an. Und dort, wo neugebaut wird, setzen wir auf freie Entfaltung: Neben Wohngebieten mit einheitlicher Baustruktur wollen wir im Rahmen der kommunalen Planungshoheit für ausgewiesene Bereiche die starre Reglementierung an Äußerlichkeiten und Rahmenbedingungen für Neubauten aufheben, um neue Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen.

11. Inklusiver Sozialraum: Wir schaffen Orte des Zusammenlebens

Mit veränderten Ansprüchen an Wohnen auf dem Land müssen auch die dafür erforderlichen Dienstleistungen bereitstehen. Leitbild für die Entwicklung ländlicher Räume ist für uns der inklusive Sozialraum. Er berücksichtigt die Möglichkeiten des barrierefreien, selbstbestimmten Wohnens durch Zugänglichkeit zu allen notwendigen Infrastrukturen und Unterstützungsleistungen im passgenauen Zuschnitt jeder ländlichen Kommune. Dabei wollen wir bisherige Angebote und künftig benötigte Strukturen so bündeln, dass sie einfach zu nutzen sind und für die Betroffenen aus einer Hand geleistet werden. Dazu gehören entsprechende Projekte der Wohnungsbaugenossenschaften oder kombinierte Wohn- und Pflegeeinrichtungen, Dorfgemeinschaftswohnhäuser und inklusive Wohnprojekte. Hierfür wollen wir das Heimgesetz ändern, um gemischte Wohnformen zu stärken, die diesen Ansprüchen entsprechen.

12. Der Weg ist das Ziel: Wir schaffen den Abbau des Sanierungsstaus bei Straßen und Schiene

Mobilität ist in ländlichen Räumen der entscheidende Faktor. Damit sie überhaupt möglich ist und bleibt, brauchen wir eine solide Infrastruktur. Deshalb wollen wir unser Investitionsprogramm für den Erhalt und Ausbau bei den niedersächsischen Landesstraßen fortsetzen und den kommunalen Straßenbau weiter unterstützen. Wir wissen: Wenn der bestehende Sanierungsstau aufgelöst werden soll, sind weitere Mittelerhöhungen dafür unverzichtbar. Ebenso wollen wir das Programm zur Reaktivierung von Bahnstrecken in Niedersachsen ausweiten – hier ist eine

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

zweite Runde erforderlich, bei der weitere Strecken eine neue Chance erhalten.

13. GVH, HVV, VBN & Co.: Wir schaffen den 2. Ring um die Metropolen

Der ÖPNV muss stärker als Vernetzungsinstrument zwischen Oberzentren und ländlichen Räumen ausgestaltet werden, damit beide voneinander profitieren statt zu konkurrieren. Bisher lag das Hauptaugenmerk bei der Planung auf den Verkehrsbeziehungen innerhalb eines Landkreises als dem zuständigen Aufgabenträger. Entscheidend ist für uns aber, Regionen miteinander zu vernetzen. Dazu gehört für uns beispielsweise der konsequente Ausbau des Großraumverkehrs Hannover (GVH) in einem zweiten Ring in den die Region Hannover angrenzenden Landkreisen, in den neben dem schienengebundenem Personennahverkehr (SPNV) auch der straßengebundene öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) eingebunden wird. Eine ähnliche Konzeption soll in der Metropolregion Hamburg mit dem HVV und in der Metropolregion Bremen mit dem VBN durchgesetzt werden.

14. Grenzenlos unterwegs: Wir schaffen den kreisübergreifenden ÖPNV

Kreisübergreifende vernetzte Verkehre sind in der Regel auf regionaler Ebene in ländlichen Räumen noch zu schwach ausgeprägt. Stattdessen ist die große Mehrheit der Menschen letztlich auf den Auto-basierten Individualverkehr angewiesen. Das ist nicht nur klima- und energiepolitisch fatal, sondern sozial und ökonomisch kurzsichtig. Letztlich bleibt dabei nur mobil, wer es sich leisten kann. Und für die Gesamtgesellschaft ist es ohnehin teurer. Deshalb setzen wir uns für die Einführung eines Vernetzungsgebots und die Aufstellung von kreisübergreifenden Nahverkehrsplänen ein.

15. Keine „Rosinenpickerei“: Wir schaffen die Linienbündelung

Da beim ÖPNV Aufgabenträger und Konzessionsnehmer grundsätzlich nicht identisch sind, fehlt den Kreisen mangels Informationen und finanzieller Ressourcen vielfach die Möglichkeit, gestaltend auf den ÖPNV Einfluss zu nehmen. Hier ist ein transparentes Auskunftsrecht für die Aufgabenträger dringend erforderlich, um flexibel auf veränderte Nachfragen reagieren zu können. Betriebswirtschaftlich problematisch sind auch die Konzessionsgrenzen, für die die Kreisgrenzen maßgebend sind. Dies erzeugt unwirtschaftliche Teilstrecken, die dennoch bedient werden müssen. Konzessionsbündelungen mit Bezug auf das Verkehrsaufkommen würden hingegen die Rentabilität fördern. Diese Linienbündelung bei der Vergabe wollen wir zur Regel machen.

16. Der Takt muss passen: Wir schaffen die Abstimmung zwischen Straße und Schiene

Entscheidend für einen funktionierenden ÖPNV ist die Vertaktung und Vernetzung aller Verkehrsträger, insbesondere von Buslinien und SPNV. Dies gilt auch für die Tarifeinheit beim Wechsel des Transportmittels. Jedes Verkehrsunternehmen, das Konzessionen erhält, sollte dazu verpflichtet werden. Dafür wollen wir die rechtlichen Grundlagen schaffen – auch, um die unnötige Konkurrenz zwischen Schiene und Straße aufzuheben. Stattdessen müssen sich beide Systeme sinnvoll ergänzen.

17. Das gehört zusammen: Wir schaffen den KombiBus

In zahlreichen ländlichen Regionen Finnlands und Schwedens nutzt der ÖPNV die Kombination von Personen- und Güterverkehr. Der finnische „Matkahuolto“ und der schwedische „Busgods“ vermeiden so Leerfahrten im Personen- und Güterverkehr und steigern die Effizienz und Einnahmen. So können auch Logistik- und insbesondere Postdienstleistungen in den ländlichen Räumen aufrechterhalten werden. Diese Idee ist für uns beispielgebend – deshalb wollen wir die nötigen rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, um den parallelen Transport von Fahrgästen und Gütern zu ermöglichen.

18. Auf die Finanzierungsgrundlage kommt es an: Wir schaffen Planungssicherheit

Die den ÖPNV tragenden Finanzsäulen der kommunalen Schülerbeförderung, die Kostenerstattung für Schwerbehinderte (§45a PbefG), die Regionalisierungsmittel und die Entflechtungsmittel machen allein über 80 Prozent des Finanzierungsbedarfs aus. Sie müssen verstetigt werden, um die finanzielle Basis des ÖPNVs zu sichern. Unser Ziel ist eine ÖPNV-Finanzierung aus einer Hand: Den breiten Fächer an Finanzquellen wollen wir zu einem sicheren Strom verbinden, um den Regionen Planungssicherheit im ÖPNV zu gewährleisten.

19. Freie Fahrt für alle: Wir schaffen den fahrscheinlosen ÖPNV

Über eine mittelfristige Subventionierung von (Monats-)Fahrkarten hinaus streben wir an, dass der ÖPNV in den ländlichen Räumen langfristig auch kostenfrei nutzbar sein kann, so z.B. durch einen fahrscheinlosen ÖPNV. Aufga-

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

benötigen, die dieses Ziel verfolgen, wollen wir unterstützen. Denn Fahrpreisentgelte sind letztlich zum großen Teil Einnahmen „on top“. Es ist daher davon auszugehen, dass Absenkungen der Fahrpreise und Änderungen von Streckentarifen in Flächentarife ein deutlich höheres Fahrgastaufkommen bewirken und dadurch die Mindereinnahmen der Einzelpreise kompensieren würden. Was uns besonders wichtig ist: Die verkehrliche Anbindung an Zentren zum Besuch von kulturellen Höhepunkten muss vorhanden, bequem nutzbar und bezahlbar sein. Solche Tarifmodelle wollen wir ebenso unterstützen.

20. Einer für alle, alle für einen: Wir schaffen bessere Bedingungen für Bürgerbusse

Niedersachsen ist Bürgerbusland – rund 45 solcher Initiativen gibt es bereits in unserem Land. Wir wollen diese gerade für die ländlichen Räume wichtige ehrenamtliche Arbeit weiter unterstützen, vor allem, indem wir die effektive Förderkulisse auf Landesebene fortschreiben, gerade bei den Investitionsmitteln. Künftig wollen wir die Arbeit der Bürgerbusse weiter erleichtern, so u.a. durch eine Absenkung der Hürden für die Einführung von Individualverkehren.

21. Mit dem Fahrrad zum Bus zur Bahn: Wir schaffen multimodale Verkehre

Entscheidend für den ÖPNV ist, dass er abgestimmt wird – auch und gerade mit den Angeboten für den Individualverkehr. Der Wechsel muss fließend möglich sein. Deshalb unterstützen wir alternative Verkehrskonzepte, die es vielerorts in Niedersachsen bereits gibt: Fahrradboxen, Carsharing, E-Bikesharing, Mitfahrvermittlungen u.v.m. Entscheidend ist dabei deren Koordination – dies geht am besten mit regionalen Mobilitätszentralen, deren Einrichtung wir fördern wollen. Ziel muss es sein, dass Menschen jederzeit den Überblick über alle Mobilitätsangebote haben und darauf einfach zugreifen können, gerade durch innovative Mobilitätsapplikationen für mobile Endgeräte.

22. Gemeindeforenzen & Community Organizing: Wir schaffen Bürgerbeteiligung

Vor Ort wollen wir Bürgerbeteiligungsprojekte mit Gemeindeforenzen unterstützen, die systematisch in ländlichen Räumen durchgeführt werden. Zudem sollen kommunale Gremien Beratungsmöglichkeiten erhalten, um BürgerInnen miteinzubeziehen, die bisher nicht für ihre Interessen eingetreten sind oder aufgrund von Handicaps bei der politischen Teilhabe ausgegrenzt waren. Dabei ist es wichtig, dass strukturelle Entwicklungen entlang von gemeinsamen Interessen - „von unten“ - entwickelt werden. Beispielgebend ist dafür die Idee des „Community Organizing“. Die dabei entwickelten Ideen sollen kommunenübergreifend verfügbar gemacht werden.

23. Die ländlichen Räume gebündelt fördern: Wir schaffen ein Programm „Soziales Land“

Wir wollen ein Programm „Soziales Land“ auflegen – damit sollen Bund und Land die Weiterentwicklung und den Erhalt ländlicher Lebensräume fördern. Im Fokus stehen dabei die Stabilisierung und Aufwertung von Gemeinden und -verbänden, die infrastrukturell, baulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligt sowie strukturschwach sind. Investitionen in das Wohnumfeld, in die Infrastrukturausstattung und in die Qualität des Wohnens in Verbindung mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen sorgen hierbei für mehr Generationengerechtigkeit sowie Familienfreundlichkeit in ländlichen Quartieren und verbessern die Chancen auf Teilhabe und Integration. Unser Ziel ist es, vor allem lebendige Nachbarschaften zu fördern, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und die soziale Daseinsvorsorge zu sichern. Das Programm soll im Rahmen der ländlichen Infrastrukturförderung als Leitprogramm der sozialen Integration eingeführt und die Grundlage für eine ressortübergreifende Strategie „Soziales Land“ bilden.

24. Inklusion konkret: Wir schaffen die Vernetzung aller Akteure

Die Kommunen in Niedersachsen wollen wir ermuntern, sich an guten Beispielen und vorhandenen Modellen zur Umgestaltung kommunaler Räume und Sozialberatung zu orientieren. So stützt sich der „kommunale Index für Inklusion“ auf Fragenkataloge, die den Dialog anregen, alle Interessengruppen aktiv einbeziehen und Potenziale für Verbesserung von örtlichen Strukturen aufzeigen. Wir wollen Kommunen bei der Umgestaltung der Quartiere inklusive Sozialräume unterstützen – dazu muss die regionale Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger einschließlich der Träger der Sozialhilfe neu geregelt werden, zum Beispiel über die verpflichtende Bildung von regionalen Arbeitsgemeinschaften der Rehabilitationsträger. Sie sollen vor allem gemeinsame Regeln zur Bedarfsfeststellung und zur Prävention von Hilfebedürftigkeit schaffen. Wichtig sind regional bedarfsgerechte Versorgungsangebote. Der Zugang durch die Erstberatung muss gesichert und gesteuert werden. Das Konzept des barrierefreien, inklusiven Wohnens soll mit inklusiven Arbeitsplatzangeboten verbunden werden. Klein- und Mittelunternehmen (KMU) müssen vor Ort beraten werden können, um Bündnisse und Kooperationen für inklusive Arbeitsplätze und -umgebungen schließen zu können.

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

25. Bestens versorgt, ob ambulant oder stationär: Wir schaffen Gesundheitsregionen

Um die flächendeckende Gesundheitsversorgung zu verbessern, ist es nötig, dass Krankenhäuser, niedergelassene Ärzte und Pflege noch besser als zuvor zusammenarbeiten und ihre Angebote aufeinander abstimmen. Dafür schaffen wir in den ländlichen Räumen eine zukunftsfähige Krankenhausstruktur mit einer sie umgebenden haus- und fachärztlichen Grundversorgung – dies ist das Konzept der Gesundheitsregionen. Die Grundversorgung setzt sich aus haus- und fachärztlichen Angeboten zusammen und wird durch Krankenhäuser unterstützt. Sowohl die Versorgung durch niedergelassene Ärzte als auch die Versorgung über die Krankenhäuser stehen vor einem gravierenden Umbruch. Während auf der einen Seite die Nachfolgeregelungen für niedergelassene Ärzte sich im ländlichen Raum als Problem erweisen, stehen die Krankenhäuser vor der Herausforderung, sich durch Spezialisierungen mit überregionaler Reichweite fortzuentwickeln. Dazu gehören auch Mobilitätskonzepte, die Menschen in unterversorgten Regionen den hausärztlichen Besuch ermöglichen, z.B. durch Abstimmung der ÖPNV-Fahrpläne auf Arztstühle. Zudem geht es darum, flächendeckende Gesundheitsregionen in allen Landkreisen zu entwickeln, in denen alle Akteure des regionalen Gesundheitswesens zusammenkommen und die Versorgung miteinander abstimmen. Dabei geht es um die Zusammenführung von ärztlichen Leistungen in medizinischen Versorgungszentren direkt an oder in Kooperation mit Krankenhausstandorten, die Unterstützung von Praxisgemeinschaften sowie die strukturierte Anwerbung und Vernetzung von Haus- und FachärztInnen durch die Kreise.

26. Lange Wege für die Pflege: Wir schaffen einen fairen Flächenfaktor

Gerade an der Schnittstelle zur Pflege sind Modelle zur Verlagerung nichtärztlicher Tätigkeit auf nichtärztliches Fachpersonal, z.B. medizinische Fachangestellte oder ambulante Pflegedienste, wichtig. Hinzu muss die Einführung eines Flächenfaktors in der Pflege kommen, um weitere Wege in den ländlichen Räumen auszugleichen – nur so kann die Pflege auch in den ländlichen Räumen aufrechterhalten werden. Die bessere Verzahnung von ärztlichem Bereitschaftsdienst und Rettungsdienst ist ebenso wichtig.

27. Da geht noch einiges: Wir schaffen die beste Jugendarbeit

Während die Kinder- und Jugendlichen in Ballungszentren Jugendräume und -zentren einfach erreichen können, bilden sich in ländlichen Räumen häufig informelle Treffpunkte in der öffentlichen bzw. naturnahen Umgebung. Dies verlangt ein besonderes Verständnis von Jugendarbeit, die vor allem aufsuchend sein muss. Die klassische Trennung zwischen Jugendhilfe und -pflege verschwindet dabei, aufsuchende Arbeit – d.h. Streetwork – ist viel stärker gefragt. Dies verursacht einen höheren Personalaufwand für die betroffenen Kommunen. Deshalb sollten finanzielle Ausgleichsmaßnahmen für den höheren Aufwand geprüft werden. Besonders wichtig ist uns die Unterstützung der zahlreichen Jugendangebote von Feuerwehren und Hilfsorganisationen, Kirchen, Sport und Kultur, Sozialverbänden und Umweltinitiativen sowie natürlich der politischen Jugendorganisationen. Hier werden junge Menschen an Gemeinschaft und Solidarität herangeführt – und auch befähigt, selbst Verantwortung für andere zu übernehmen. Deshalb wollen wir insbesondere die Verbreitung von Programmen wie „Juleica“ weiter unterstützen.

28. Ehrenamtsland Nr. 1: Wir schaffen den besten Rahmen für Engagement

Vereine und Verbände sind der Kitt in unserer Gesellschaft und tragen maßgeblich einen hohen Anteil an sozialer Integration und Sozialisation bei, von der AWO bis zum Zirkeltraining. Hier sollte wesentlich mehr Einsatz von Ressourcen stattfinden, weil gerade durch das Ehrenamt in Sport, Kultur, Bildung und Traditionspflege Integrations- und Inklusionsarbeit geleistet wird. Wir wollen deshalb alle Formen des Engagements fördern und unterstützen, gerade bei den nötigen Rahmenbedingungen wie Versicherungsschutz und Vereinsrecht. Ganz wichtig ist uns, dass Ehrenamt auch durch Hauptamt unterstützt werden kann, beispielsweise durch VereinsberaterInnen. Und auch dort, wo Übergänge vom Ehrenamt in den Beruf stattfinden, wollen wir diese noch stärker fördern: Kleine Beschäftigungsmöglichkeiten sollen möglich sein, außerdem halten wir die Durchführung eines „Anerkennungsjahrs im Ehrenamt“ für sinnvoll. Vereine wollen wir bei der Bürokratie entlasten und gerade im gastronomischen Bereich Vereinfachungen schaffen (Ausschank und Steuerrecht).

29. Sicher leben, Gemeinschaft fördern: Wir schaffen beste Bedingungen für Feuerwehren und Hilfsorganisationen

Gerade die freiwilligen Feuerwehren und zahlreichen Hilfsorganisationen im Land sind nicht nur das Fundament eines flächendeckend leistungsfähigen Brand- und Katastrophenschutzes. Sie sind vor allem auch in den ländlichen Räumen Stützen des Ehrenamts, fördern die Gemeinschaft und bereichern das soziale Zusammenleben. Deshalb werden wir alles dafür tun, diese eigenständigen Strukturen zu erhalten und zukunftsfähig aufzustellen. Dazu gehören insbesondere ausreichende finanzielle Mittel für die Ausstattung und das Umfeld der Feuerwehren und Hilfsorganisationen. Gerade die Aus- und Weiterbildung von neuen Kräften wollen wir unterstützen.

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

30. Fair statt immer mehr: Wir schaffen eine Landwirtschaft mit Zukunft

Ländliche Räume sind in ihrer Entwicklung seit jeher wesentlich durch die Landwirtschaft bestimmt. Und diese hat sich erheblich verändert: Die bäuerlich geprägte Familienwirtschaft ist vielerorts kaum mehr möglich, stattdessen führt der Marktdruck zu Konzernorientierung und industrieller Massenproduktion. Deshalb kommt es darauf an, eine Gegenstrategie zu entwickeln, die dazu führt, dass moderne Landwirtschaft und ländliche Räume sich wieder miteinander versöhnen. Hierfür sind vor allem Korrekturen der europäischen Landwirtschaftspolitik nötig. Nur faire und damit existenzsichernde Preise für landwirtschaftliche Produkte ermöglichen der Landwirtschaft eine selbstbestimmte und zukunftsfähige Ausrichtung ihrer Betriebe. Entscheidend für eine dauerhafte Balance zwischen Ansprüchen an eine wirtschaftlich tragfähige Landwirtschaft in einer lebenswerten Kulturlandschaft und dem Natur- und Umweltschutz ist das Prinzip der Flächenbindung. Ebenso muss weitere Flächenversiegelung vermieden werden. Außerdem setzen wir uns für die konsequente Umsetzung des Niedersächsischen Tierschutzplans ein. Unser Ziel sind Haltungsbedingungen, bei denen der durchgängige Einsatz von Antibiotika und die Belastung mit multiresistenten Keimen vermieden wird.

31. Das Beste kommt von nebenan: Wir schaffen mehr regionale Vermarktung

Eine Chance für bäuerliche Betriebe sind regionale Verkaufsketten – sie fördern regionale Wertschöpfung und sichern Vertrauen und Transparenz bei den VerbraucherInnen. Entsprechende Vermarktungsmodelle wollen wir stärker als bisher fördern, so z.B. durch gemeinschaftliche bzw. genossenschaftliche Einzelhandelsformen wie Dorf- und Hofläden. Ebenso geht es uns darum, gesunde Ernährung zu befördern. Wichtiger Faktor dabei ist vor allem die Förderkulisse: Es muss darum gehen, regionale Produktions- und Vermarktungsketten zu unterstützen sowie Landwirtschaft und Tourismus stärker zu vernetzen. Entscheidend ist, dass der Wandlungsdruck des internationalen Marktes keine politische Unterstützung findet. Im Gegenteil: Es muss darum gehen, politisch für eine ökonomische Situation zu sorgen, die bäuerliche Landwirtschaft wieder möglich macht und familiär geführten Betrieben eine qualitative Spezialisierung ermöglicht.

32. Ohne Landwirtschaft kein Land: Wir schaffen die Pflege der Kulturlandschaften

Bäuerliche Betriebe leisten einen unabdingbaren Beitrag zur Pflege und Sicherung unserer heimischen Kulturlandschaft: von der Alleinpflege über Blühstreifenprogramme bis zur Moorpflege. Alle Maßnahmen, die neben der originären Landwirtschaft im Umweltinteresse liegen, müssen so gefördert werden, dass sie auch wirtschaftlich attraktiv sind und neben der eigentlichen Produktion verwirklicht werden können. Dazu gehört auch die Unterstützung der Jägerschaften als anerkannte Naturschutzverbände, die mit ihren über 50.000 Jägerinnen und Jägern in Niedersachsen entscheidend zur Erhaltung der Umwelt beitragen.

33. Gute Arbeit, gutes (Land-)Leben: Wir schaffen faire Arbeitsbedingungen

Die Unterstützung der Landwirtschaft ist konkrete Wirtschaftsförderung – sie muss aber auch zugleich die richtige Arbeitsmarktpolitik sein: Gerade in der Land-, Nahrungs- und Veredelungswirtschaft muss das Prinzip „Guter Arbeit“ durchgesetzt werden, dies gilt insbesondere bei Löhnen und Arbeitsbedingungen. Hierbei stellen wir sicher, dass das Land die eigene Steuerungsaufgabe weiterhin konsequent wahrnimmt.

34. Verantwortung in der Flüchtlingshilfe übernehmen: Wir schaffen Willkommenskultur

Aktuell steigen die Flüchtlingsströme durch globale Krisenherde, so z.B. in Syrien, im Irak, im Sudan und in der Ukraine, weiter an. Im Gegensatz zu den großstädtischen Ballungsräumen können ländliche Räume die Aufnahmekapazitäten aufgrund des demografischen Wandels zur Verfügung stellen. Dies ist somit für Niedersachsen eine Chance auf der Makro- (Entlastung der Städte) wie auch auf der Mikroebene (Revitalisierung der ländlichen Regionen). Gerade ländliche Räume ermöglichen mit ihren überschaubaren Strukturen persönliche und soziale Beziehungen und Kontakte, die die Integration begünstigen. Deshalb fordern und fördern wir eine angepasste Willkommenskultur in den ländlichen Räumen, damit die Integration gelingt.

35. Gekommen, um zu bleiben: Wir schaffen Teilhabe für MigrantInnen in den ländlichen Räumen

Um eine Willkommenskultur zu schaffen, müssen auch die sozialen Bedingungen an die einzelnen Gebiete, Dörfer, Städte und Stadtteile individuell angepasst werden. Wir brauchen also nicht nur Strukturen, sondern Menschen, die sich engagieren. Deshalb machen wir uns für den Ausbau der landesweiten Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe des Niedersächsischen Landesamtes für Soziales, Jugend und Familie sowie den vermehrten Einsatz von IntegrationslotsInnen, SozialarbeiterInnen und DolmetscherInnen stark.

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

36. Eine Chance für die ländlichen Räume: Wir schaffen Zu- statt Abwanderung

Niedersachsen ist nicht nur zusammengefügt aus vielen Regionen, es ist auch ein Land mit vielen verschiedenen Bevölkerungsgruppen – und gleichsam ein Einwanderungsland erster Güte. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges haben rund 1,8 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in Niedersachsen ihre Heimat gefunden – seinerzeit rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Trotz anfangs zum Teil widriger Umstände sind diese Menschen heute fest verwachsen in unserem Land. Später kamen GastarbeiterInnen, SpätaussiedlerInnen, zur deutschen Einheit viele aus den neuen Bundesländern, heute aus allen Teilen der Welt. Diese Willkommenskultur gehört zu unseren Grundeigenschaften – es gilt heute, sie auch politisch durchzusetzen. Und sie muss zum Markenkern ländlicher Räume werden, weil sie eben enorme Chancen bietet: Die Entwicklungsperspektive für Dörfer sind nicht etwa nur weitere Neubaugebiete am Rand, sondern die Verbindung von Zuwanderung einerseits und die Weiter- und Umnutzung intakten Wohnraums in Dorfkernen andererseits – beides muss miteinander verbunden werden.

37. Solide Fundamente statt Alimente: Wir schaffen eine bessere Finanzausstattung

Wir setzen uns auch im Rahmen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und in der Steuerpolitik für eine Stärkung der Kommunal Finanzen ein. Dies beinhaltet neben einer konzertierten Aktion zum Abbau der Kassenkredite vor allem den Ausbau der Gewerbesteuer zu einer auch FreiberuflerInnen erfassenden Gemeindefinanzsteuer. Darüber hinaus sollte der Anteil der Kommunen am übrigen Gesamtsteueraufkommen erhöht, Steuersenkungen zu ihren Lasten müssen vermieden werden.

38. Die Bevölkerungsentwicklung berücksichtigen: Wir schaffen den solidarischen Ausgleich

Der kommunale Finanzausgleich berücksichtigt mit dem sog. Demografie-Faktor jene Verluste, die Kommunen aus einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung entstehen. Dieser Mechanismus wird derzeit von der Landesregierung untersucht und weiterer Handlungsbedarf abgeschätzt. Dabei könnte eine wichtige Unterstützungsmöglichkeit für die vom demografischen Wandel betroffenen Regionen und Kommunen auch darin bestehen, Investitionen zu fördern, die dem nachhaltigen Umbau der öffentlichen Infrastruktur dienen. Denkbar sind zum Beispiel die zielgruppengerechte Herrichtung öffentlicher Gebäude und Infrastrukturen, die Schaffung von Voraussetzungen, um Gebäude und weitere Infrastrukturen durch alle Generationen zu nutzen, und der Rückbau von Liegenschaften, die nicht weiter genutzt werden können.

39. Fläche gerecht berücksichtigen: Wir schaffen den Flächenfaktor nicht ab

In ländlichen Räumen muss gleichwertige Infrastruktur in mehr Fläche bei geringerer Bevölkerungsdichte gewährleistet werden. Dementsprechend bedarf es auch einer Finanzierungskulisse für ländliche Räume, die diese höheren Kosten abbildet. Deshalb bekennen wir uns zum Flächenfaktor im kommunalen Finanzausgleich. Dieser ist für Kommunen in ländlichen Räumen elementar, insbesondere wenn es um die Gewährleistung von Mobilität geht. Zugleich streben wir weitere Hilfen für ländliche Räume mit Struktur- und Anpassungsproblemen an.

40. Förderung dort, wo sie gebraucht wird: Wir schaffen gleichwertige Lebensverhältnisse

Wir wollen sicherstellen, dass ländliche Räume nicht abgehängt werden – unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land. Dazu brauchen wir einen umfassenden, integrierten, struktur- und regionalpolitischen Ansatz zur Entwicklung und Förderung ländlicher Räume. Wir unterstützen ausdrücklich den Aufbau eines systematischen Förderansatzes für strukturschwache Regionen ab 2020 mit den Investitionsschwerpunkten Wachstum, Innovation, Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Erforderlich ist darüber hinaus eine engere Verzahnung sowohl mit der Kohäsionspolitik der EU als auch mit der EU-2020-Strategie, um die Effektivität der eingesetzten Mittel zu optimieren. In der laufenden EU-Förderperiode (2014–2020) haben wir in Niedersachsen die Grundlage gelegt, um die EU-Strukturpolitiken und die Politik der ländlichen Entwicklung fondsübergreifend besser abzustimmen. Bisher trägt der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung der ländlichen Räume (ELER) nur unzureichend zu den Zielen der EU-2020-Strategie bei. Förderprogramme, die einseitig auf den Agrarsektor zugeschnitten sind, werden den zukünftigen Herausforderungen nicht mehr gerecht. Daher wollen wir in der neuen EU-Förderperiode ab dem Jahr 2020 im Rahmen des ELER gezielt Akteure und Unternehmen aus allen Branchen in den strukturschwachen ländlichen Räumen fördern. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die landwirtschaftlichen Direktzahlungen zugunsten der ländlichen Entwicklung umgeschichtet werden. In Niedersachsen haben wir für die ländliche Entwicklung bereits viel erreicht: Noch nie gab es so viele LEADER-Regionen, um ländliche Räume gezielt mit EU-Fördermitteln zu entwickeln. Insgesamt ist die Förderkulisse für die ländlichen Räume massiv ausgeweitet worden. Diesen Weg werden wir weitergehen.

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

Annahme

Adressat
Landesparteirat

Antrag Nr. Koo3

Keine Privatisierung gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger

Die SPD-Bezirk Hannover bittet die Landtagsfraktion und die Landesregierung, anlässlich der Novellierung des NKomVG die Einführung einer *Privatisierungsbremse* zu prüfen. Es sollte den Kommunen das Recht eingeräumt werden, in ihrer Hauptsatzung zu bestimmen, dass vor einer Privatisierung wesentlicher Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ein Bürgerentscheid durchgeführt werden muss.

Annahme

Adressat
SPD-Landtagsfraktion

Antrag Nr. Koo5

Wahlssystem demokratisieren – ungerechte Mandatsvergabe bei Direktwahlen verhindern!

Die SPD strebt eine Debatte über eine Änderung des Wahlrechts für Direktmandate auf Landes- und Bundesebene an, ebenso bei Direktwahlen für (Ober-) BürgermeisterInnen und LandrätInnen.

Dabei soll zukünftig für den/die WählerIn die Möglichkeit bestehen, nicht nur eine Person anzukreuzen, sondern eine Rangfolge auf der Liste der KandidatInnen abzugeben. Dieses System der übertragbaren Einzelstimmgebung (Präferenzwahlssystem) kann verhindern, dass in Zukunft DirektkandidatInnen mit weniger als 25 Prozent der abgegebenen Stimmen gewählt werden.

Es ist zu prüfen, ob ein solches *Präferenzwahlssystem* testweise auf kommunaler Ebene eingeführt werden kann. Dies ist mit einer umfassenden Informationskampagne für die WählerInnen zu unterstützen.

Als Material an den Bezirksvorstand überwiesen.

Adressat
Bezirksvorstand

Antrag Nr. Koo6

Neues Wertstoffgesetz darf nicht zu Lasten kommunaler Abfallwirtschaftsbetriebe gehen!

Am 12. Juni 2015 haben die Fraktionen von SPD und CDU/CSU im Bundestag Eckpunkte für ein neues Wertstoffgesetz beschlossen.

Danach sollen künftig alle Sammlungen von Wertstoffen, auch Nichtverpackungen aus Kunststoff und Metall, ausgeschrieben werden müssen. Wenn dies so umgesetzt wird, ist zu befürchten, dass tarifgebundene kommunale Unternehmen wegen ungleicher Personalkosten kaum noch eine Chance auf Berücksichtigung bei den Ausschreibungen haben.

Die SPD im Bezirk Hannover befürchtet mit der Umsetzung der Eckpunkte erhebliche negative Folgen für kommunale Abfallwirtschaftsbetriebe in der ganzen Bundesrepublik und damit auch für die Bürgerinnen und Bürger im Bezirk Hannover. Die Kommunen verlieren das Recht einer eigenen Entscheidung, ob sie selbst entsorgen wollen oder die Entsorgungsleistungen ausschreiben und an Dritte vergeben wollen

Die SPD im Bezirk Hannover erwartet ein Wertstoffgesetz, das die politische Verantwortung und Entscheidungsfreiheit beim öffentlich rechtlichen Entsorgungsträger sichert. Nur so lassen sich ökologische und soziale Verantwort-

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

tung sowie stabile Entsorgungsgebühren im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dauerhaft sichern.

Die SPD im Bezirk Hannover erwartet, dass

- die kommunale Steuerungsfähigkeit der öffentlich-rechtlichen Betriebe und die Gewährleistung der Daseinsvorsorge gesichert bleiben,
- die kommunale Verantwortung und Entscheidungsfähigkeit bei der Sammlung von Wertstoffen und Abfällen erhalten bleiben,
- mit möglichen Erlösen aus der Wertstoffsammlung die Abfallgebühren stabil gehalten werden können,
- das Lohndumping gegenüber den Beschäftigten auch in der privaten Abfallwirtschaft ausgeschlossen wird und die tarifgebundenen Arbeitsplätze bei den kommunalen Entsorgern dauerhaft gesichert werden,
- auch private Entsorgungssysteme wie DSD einem transparenten, dem öffentlichen Vergabewesen entsprechenden Vergaberecht bei Ausschreibungen unterliegen.

Annahme

Adressat

SPD-Bundestagsfraktion

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

O | Organisationsfragen

Antrag Nr. 0001

Perspektivdebatte nur ein erster Schritt – Grundsatzprogrammdebatte vorbereiten

Der SPD-Bezirksparteitag begrüßt die im Juli 2015 begonnene Perspektivdebatte in der SPD.

Allerdings darf diese Perspektivdebatte nur ein erster Schritt sein, um zur Profilbildung und Orientierung der Partei beizutragen. Mittelfristig bedarf es einer Debatte um die Aktualisierung des Grundsatzprogrammes der SPD.

Zur Vorbereitung einer entsprechenden Grundsatzprogrammdebatte wird die Grundwertekommission beim Parteivorstand gebeten, einen Bericht zur Aktualität und zum Aktualisierungsbedarf des derzeitigen Programmes vorzulegen.

Annahme

Adressat
Bezirksvorstand

Antrag Nr. 0002

Die SPD als moderne Gesellschaftspartei weiterentwickeln – Organisationskraft vor Ort stärken

"Politik ist Organisation, Organisation ist Politik" – so eine der Aussagen, die erst von Herbert Wehner und später von Franz Müntefering hochgehalten wurden. Und sich immer als richtig erwiesen haben.

Eine Partei wie die SPD war und ist auf eine starke Parteiorganisation angewiesen. Eine Parteiorganisation, die nicht jeden modischen Schnickschnack mitmachen muss, die aber auf der Höhe der Zeit sein und den Anforderungen an gesellschaftliche Organisationen effektiv begegnen muss.

Unsere Partei hat in den zurückliegenden Jahren ihr Gesicht - im wörtlichen Sinne - verändert. Ein starker Rückgang der Mitglieder- und damit verbunden der Aktivenzahl war zu verzeichnen. Die Debatten der Jahre 2004/2005 haben sicherlich dazu beigetragen. Noch bedeutender war aber der "demografische Wandel" in unserer Partei. Um das am Beispiel des SPD-Unterbezirks Hildesheim festzumachen: Am 30. Juni hatten wir im Jahr 2000 5.260 Mitglieder, 2005 4.303, 2010 3.694, aktuell noch 3.230.

Und schaut man sich die Alterspyramide an (das Durchschnittsalter in unserem Unterbezirk beträgt rund 62 Jahre), dann wird klar, dass ein weiterer starker Rückgang der Mitgliederzahlen stattfinden wird, wenn sich nichts ändert. Das Ändern ist die Herausforderung. Ein Engagement in einer Partei ist derzeit nicht "sexy", was nicht heißt, dass es nicht andere Formen des Engagements gibt und geben kann.

Gleichzeitig bedeuten die gesunkenen Mitglieder- und Aktivenzahlen, dass die Partei auch darauf Antworten geben muss, wie unter diesen Umständen politische Arbeit organisiert werden kann. Die geringer gewordenen Ressourcen müssen anders, kreativer und „effizienter“ genutzt werden.

Neue Dialogformen und Anschlussmöglichkeiten müssen entwickelt und attraktiv angeboten werden. Nur so kann der Zugang zur SPD weiterentwickelt und interessant gestaltet werden. Neue sich entwickelnde Zielgruppen sind mit veränderten Dialogformen anzusprechen und für die SPD zu gewinnen. Dazu sind personelle und finanzielle Ressourcen auf der Ebene der Unterbezirke notwendig. Die Parteiarbeit auf der Ebene der Ortsvereine, Stadt- und Gemeindeverbände braucht neue Impulse. Dadurch können neue Wege der Kampagnenfähigkeit entwickelt und neue Formen der Dialogfähigkeit etabliert werden.

Der Parteitag fordert den Bezirksvorstand daher auf

- zu prüfen, inwieweit administrative Aufgaben der Unterbezirksbüros (z.B. Buchhaltung) beim Bezirk Hannover (oder beim Landesverband) zentral organisiert werden können. Ziel soll sein, personelle Ressourcen für die politische Arbeit in den Unterbezirken zu gewinnen.
- zu prüfen, inwieweit die Aufgabenbeschreibung der Büroleitungen noch den Anforderungen einer veränderten Parteiorganisation entspricht. Ein stärkeres Engagement in der Fläche der Unterbezirke und der jeweiligen Parteigliederungen erscheint dabei sinnvoll. Die Abschaffung der "politischen" UB-Geschäftsführer in den Jahren

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

1999/2000 und der damit formulierte Wille, für die Erledigung der politischen Aufgaben die ehrenamtlichen Funktionsträger in die Verantwortung zu nehmen, mag aus der damaligen Perspektive richtig und sinnvoll gewesen sein. Vor dem Hintergrund der Mitgliederentwicklungen in unserer Partei erscheint dieser Schritt nun nicht mehr hilfreich, um den Anforderungen an Parteiarbeit zu begegnen. Eher bedarf es wieder einer organisatorischen Unterstützung für ehrenamtliche Funktionsträger, die oftmals mehr als ein Ehrenamt übernommen haben und vielleicht auch übernehmen mussten. Wir erwarten mehr Dienstleistung für die Arbeit vor Ort.

- zu prüfen, inwieweit Konzepte moderner Mitgliederbetreuung und insbesondere Mitgliedergewinnung in die Bildungsarbeit sowohl der PBN als auch der Parteischule aufgenommen werden können. Die Gewerkschaften haben über das Konzept des "Organizing" bereits Erfolge vorzuweisen. Nun kann man nicht alle Erfahrungen der Gewerkschaftsbewegung eins zu eins übertragen. Aber sie bieten durchaus Anknüpfungspunkte.
- zu prüfen, inwieweit personelle Ressourcen – hauptamtlich oder auch ehrenamtlich – vorhanden oder geschaffen werden können, um Ortsvereinen vor Ort direkte Unterstützung zukommen zu lassen. Viele Ortsvereine haben Ideen für ihre politische Arbeit. Sie bedürfen aber der aktiven Unterstützung – von Möglichkeiten einer kreativen Organisation bis zur Öffentlichkeitsarbeit. Die beste Lösung wäre, diese Unterstützung über die UB-Büros und die Hauptamtlichkeit der Partei zu organisieren. Die Einrichtung eines Scouts z. B., der Parteistrukturen vor Ort motiviert neue Wege auszuprobieren. Das gilt für eine effiziente Parteiarbeit, Mitgliedergewinnung, Organisation von neuen Dialogformen oder bessere und breitere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger.

Da aber auch das ggf. zeitlich an Grenzen stößt, müsste auch über eine ehrenamtliche Unterstützung nachgedacht werden. Die Idee des "Campaigners", die in den letzten Wahlkämpfen praktiziert wurde, geht grundsätzlich in die richtige Richtung. Allerdings bedarf es einer Verstetigung – im Hinblick auf die Person, die Qualifizierung und die "Ausstattung".

Vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen und da es sich hierbei um eine Aufgabe handelt, die die Gesamtpartei betrifft, wäre zu klären, ob an dieser nicht auch eine Kooperation mit dem SPD-Landesverband Niedersachsen, den anderen drei niedersächsischen Parteibezirken und dem Parteivorstand möglich und sinnvoll wäre. Vielleicht wäre auch ein Modellprojekt ein Schritt, um hier Erfahrungen zu sammeln.

Annahme

Adressat

Bezirksvorstand

Antrag Nr. 0003

SPD ist die Partei der Zukunft – Online-Angebote

Der SPD-Bezirk Hannover unterstützt das Bestreben des Parteivorstandes, die SPD zur modernsten Partei Deutschlands zu entwickeln. Dies gilt insbesondere für unseren grundgesetzlichen Auftrag, an der politischen Willensbildung der Bürgerinnen und Bürgern aktiv mitzuwirken und die Beteiligung von Menschen an politischen Entscheidungen -unter Berücksichtigung von neuen digitalen Instrumenten- zu stärken.

Die Absicht, dass Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheide zukünftig neben der klassischen Unterschriftensammlung auf Papier auch online unterstützt werden können, ist ein notwendiger und überfälliger Schritt.

Auch neben dem Mitgliederbegehren und -entscheid zur Erprobung auf Bundesebene Online-Petitionen – für Mitglieder sowie Bürgerinnen und Bürger (noch) ohne SPD-Parteibuch – als Modell für die nächsten vier Jahre einzuführen, ist ein folgerichtiger und konsequenter Schritt.

Der SPD-Bezirk Hannover schlägt für den Ausbau der Online-Angebote für Mitglieder und Nichtmitglieder folgende verändernde Maßnahmen vor:

1. Die offene Form der Online-Beteiligung für alle erhält die Bezeichnung Offener Antrag.
Begründung: Weder der Begriff Petition noch der Begriff Bürgerbegehren trifft zu. Letzteres ist zunehmend häufiger ein rechtlich gebundenes Verfahren und Petitionen wenden sich (schon immer) an den Souverän. Ausnahme ist die Plattform open petition, von ihr wird jedoch auch keine Befassung bzw. Lösung erwartet. Anträge sind eine konstruktive Form der Beteiligung.
2. Es wird eine gemeinsame Anwendung/Oberfläche für die Online-Beteiligung und Text- und Antragstool entwickelt.

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

Begründung: Mitgliedern sollte immer Gelegenheit gegeben werden Impulse für die Parteiarbeit zu nutzen. Die Nutzung des Text- und Antragstool für Mitglieder ist nur mit einer erforderlichen Identitätsprüfung vergleichbar www.spd.de möglich. Für offene Anträge ist mitmachen.de zu nutzen. Eine Belebung dieser Plattform ist besser als eine weitere zu schaffen.

3. Der Modellversuch ist so anzulegen, dass wir auf allen Ebenen damit Erfahrung machen können. Also neben der Bundesebene sollten mindestens zwei Landesverbände, in ihnen jeweils drei Unterbezirke und in ihnen jeweils drei Ortsvereine mitmachen.

Begründung: Durch eine solche Kaskade stellen wir sicher, dass wir nach vier Jahren belastbare Erfahrungen über alle Ebenen haben und bei Interessierten keine politisch korrekte Zuordnung der Themen auf die entsprechende Ebene vorausgesetzt werden muss.

4. Kein Antrag darf verloren gehen, da Antragsinhalte der Regelungsebene entsprechen müssen, da dies aber oftmals den Antragstellern nicht klar ist, bedarf es umfassender Hilfe. Diese ist sicherzustellen. Bei Anliegen, die Gliederungen betreffen, die nicht an dem Modellversuch beteiligt sind, muss Rückmeldung und/oder ggf. Weiterleitung stattfinden.

5. Die Plattform mitmachen.de ist zu beleben und zu nutzen. Eine Frist von drei Monaten ist zu kurz. Um Beteiligung zu ermöglichen sind sechs Monate besser. Die vorgeschlagenen Quoren sollten auch deutlich gesenkt werden. Unser Vorschlag: 1 Tausendstel der Einwohner der betroffenen Einheit (Kommune, Landkreis, Land, Bund)

Begründung: Auch hier ist die Analogie zu open petition nicht zielführend. Unser Praxis-Check hat ergeben, dass ein Promille grob zehn Prozent unserer Mitgliedschaft entspricht.

6. Dabei sind jeweils Schnittstellen/Exportmöglichkeiten zu den jeweiligen Internetauftritten der Gliederungen (Redaktionssysteme/CMS), und den sozialen Netzwerken (insb. Terminverwaltung auf Facebook) bereitzustellen.
7. Regelmäßig soll im Verfahren des offenen Antrages auf Vorteile einer Mitgliedschaft verwiesen werden.

Annahme

Adressat

Organisationspolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand

Antrag Nr. 0004

Kommission zur Daseinsvorsorge

Der neugewählte Bezirksvorstand wird beauftragt, eine Kommission einzurichten, die sich mit den Fragen der Daseinsvorsorge in der Zukunft befasst.

Bei dem Begriff der Daseinsvorsorge handelte es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff, die Definition unterliegt dem gesellschaftlichen Wandel.

Der DGB versteht unter Daseinsvorsorge elementare Leistungen, Dienstleistungen und Infrastruktur, die der Staat oder ein öffentlich-rechtlicher Träger allen BürgerInnen als „Grundversorgung“ zur Verfügung stellt.

Die Beantwortung der Frage, welche Güter und Dienstleistungen allerdings konkret von staatlicher Seite aus bereitgestellt werden müssen, ist durchaus umstritten

Die Kommission sollte die Definition und die Inhalte den heutigen Erfordernissen anpassen, die Situation in den Landkreisen des Bezirks Hannover analysieren und der Frage möglicher Entwicklungen nachgehen. Insbesondere Fragen der

- Infrastruktur, einschließlich der Breitbandversorgung
- Gesundheits- und Versorgungssicherheit
- Lebensqualität
- Erziehungs- und Bildungseinrichtungen
- Öffentliche Verwaltung
- Soziale und kulturelle Dienstleistungen
- Sparkassen
- Altenheime
- Rettungsdienste
- Trinkwasserversorgung

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

- Energieversorgung

sollten im Mittelpunkt stehen.

In den Diskussionsprozess sollen alle Qualifizierten und Interessierten innerhalb der Partei einbezogen werden. Ziel könnte ein Aktionsplan sein, der beim nächsten ordentlichen Parteitag 2017 diskutiert und beschlossen wird.

Annahme

Adressat
Bezirksvorstand

Antrag Nr. 0005

Projekt 1.500

Der Bezirk Hannover führt bis zum 31. Dezember 2017 das Projekt 1.500 durch. Bis dahin sollen 1.500 Personen aus Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur, Sport, Soziales oder Verwaltungen sowie aus SPD-nahen Organisationen wie Gewerkschaften, Falken, AWO, Naturfreunde, etc. zielgerichtet für eine Mitgliedschaft in der SPD angesprochen und nach Möglichkeit als Genossinnen und Genossen gewonnen werden.

Dazu benennen die Unterbezirke 1.300 (gestaffelt nach Zahl der Mitglieder) und die Arbeitsgemeinschaften 200 Personen (80 Jusos, 40 AsF, 40 60+, restliche AGen zusammen 40). Frauen und Männer sind in die Vorschläge angemessen aufzunehmen. Der Bezirk wird die Unterbezirke und Ortsvereine darin unterstützen, diese Personen anzusprechen.

In Abhängigkeit von der Zahl der tatsächlich erreichten Parteieintritte werden für den relativ erfolgreichsten Unterbezirk und die relativ erfolgreichste Arbeitsgemeinschaft Zuschüsse für die politische Arbeit im Jahr 2018 gewährt.

Annahme

Adressat
Bezirksvorstand

Antrag Nr. 0007

Einrichtung eines Arbeitskreises (AK) HumanistInnen und Säkulare beim Bezirksvorstand

Einrichtung eines Arbeitskreises (AK) HumanistInnen und Säkulare in der SPD beim Vorstand des SPD-Bezirk Hannover.

Überweisung an den Bezirksvorstand.

Adressat
Bezirksvorstand

Antrag Nr. 0010

Jetzt aber wirklich – Unvereinbarkeitsbeschluss mit Studentenverbindungen umsetzen und ausweiten

Der SPD-Bezirk Hannover setzt sich dafür ein, die Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für unvereinbar mit einer gleichzeitigen Mitgliedschaft in einer Studentenverbindung zu erklären. Der Parteivorstand wird daher aufgefordert, den bestehenden Unvereinbarkeitsbeschluss mit der Deutschen Burschenschaft (DB) auf alle Studentenverbindungen und Corps auszuweiten.

Überweisung zur weiteren Beratung an den Bezirksvorstand.

Beschlussbuch
SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

Adressat
Bezirksvorstand

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

S | Satzung

Antrag Nr. S001

Mehr Flexibilität bei der Anwendung von Geschlechterquote beim Regionalproporz

„§ 23 (2)

Das Verfahren für die Einhaltung der Quote und für die Aufstellung von KandidatInnen zur Kommunalwahl legt der Bezirksvorstand nach Anhörung des Bezirksbeirats fest.

Für die Wahlvorschläge gilt die Verpflichtung, auf Plätzen, die laut Statut Frauen zustehen, ausschließlich Frauen kandidieren zu lassen, sofern eine Frau zur Kandidatur zur Verfügung steht. Bei den Vorschlägen an die Delegierten bzw. Vollversammlung sind die zuständigen Vorstände an die Einhaltung der Quote gebunden.

Dabei sind folgende Regelungen verbindlich:

1. Die Wahlvorschläge haben die Geschlechter bei Platz 1 und 2 abwechselnd zu berücksichtigen.
2. In Gebieten mit mehreren Wahlbereichen sind die Spitzenplätze (Platz 1) zu 40 Prozent mit Frauen/Männern zu besetzen. Für das Wahlgebiet ist bei Wahlvorschlägen sicher zu stellen, dass Frauen und Männer zu 40 Prozent vertreten sind.
3. Darüber hinaus ist bei der Besetzung der Listenplätze von Platz 1 beginnend die jeweilige Quote anzuwenden, und zwar mindestens so weit, wie bei der letzten Kommunalwahl Mandate errungen wurde.
4. Wenn in der ablaufenden Wahlperiode ein Geschlecht in der SPD-Fraktion dauerhaft zu weniger als 40 Prozent vertreten war, kann bei der Besetzung der Plätze 1 und 2 das unterrepräsentierte Geschlecht auch beide Plätze einnehmen, sofern die in Ziffer 2 vorgesehene Bedingung für den Gesamtwahlvorschlag eingehalten wird.“

Annahme

Adressat

Bezirksvorstand

Antrag Nr. S002

Für die Herstellung gleichberechtigter Teilhabe am politischen Prozess – Geschlechterquote in den Kommunalparlamenten

Erledigt durch Annahme von S001

Überweisung an den Bezirksvorstand zur weiteren Beratung mit folgender Formulierung aus der Begründung:

"Es entspricht allein sozialdemokratischer Politik, dass in den Aufsichtsräten der kommunalen Beteiligungsgesellschaften aus der SPD Frauen und Männer nur unter Beachtung der Quote benannt und gewählt werden."

Adressat

Bezirksvorstand

Antrag Nr. S003

Unmittelbare Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag durch die Ortsvereine

Füge ein als § 6 Abs. 1a) in das Bezirksstatut:

"Die Unterbezirke können in ihren Satzungen bestimmen, dass bis zu drei Vierteln der nach Abs. 1 zu wählenden Delegierten unmittelbar in den Ortsvereinen gewählt werden."

Annahme

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

INI | Resolutionen

Antrag Nr. INl001

RESOLUTION

Ohne Angst und ohne Träumereien: Gemeinsam in Deutschland leben

Infolge weltweiter Krisen haben derzeit rund 60 Millionen Menschen ihre Heimat verlassen und sind auf der Flucht. Damit erleben wir die größte Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg. Hiervon sucht nur ein kleiner Teil Zuflucht in Deutschland. Dennoch ist die Herausforderung groß: Rund 800.000 Menschen sollen in diesem Jahr die Bundesrepublik erreichen, rund 75.000 davon Niedersachsen. Unsere Republik mit Bund, Ländern und Kommunen steht vor einer nationalen Kraftanstrengung. Deutschland zeigt sich gerade in diesen Tagen als modernes und welt-offenes Land. Hier leben Menschen, die sich für andere einsetzen, gerade für jene, die aus Gründen von Krieg und Verfolgung zu uns kommen. Deshalb sind wir gut gerüstet. Wir wissen: Wir schaffen das gemeinsam. Solidarität – darum geht es gerade jetzt in Europa und in Deutschland mit Bund, Ländern und Kommunen. Die Flüchtlingskrise geht uns alle an, auf allen Ebenen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Es ist gut, dass

- sich hier bei uns in Niedersachsen sich so viele Menschen ehrenamtlich engagieren – insbesondere in den Hilfsorganisationen – und bereit sind, ihre Zeit in den Dienst der Sache zu stellen. Die Bereitschaft der Bevölkerung in Niedersachsen zur Unterstützung und positiven Aufnahme von Flüchtlingen ist enorm ausgeprägt.
- wir überall in den Städten und Gemeinden unseres Landes gegen Menschenfeindlichkeit und Gewalt zusammen eintreten. Jeder Anschlag auf Flüchtlinge, auf Unterkünfte oder auf Helfende ist ein Angriff auf unsere freiheitliche Grundordnung. Die Täter müssen mit allen Mitteln des Rechtsstaates verfolgt und bestraft werden. Der Anschlag in Salzhemmendorf ist hierfür in doppelter Hinsicht ein Beispiel: So erschreckend das Verbrechen der Täter war, so ermutigend ist auch deren umgehende Verhaftung und das sofortige und eindeutige Signal aus der gesamten Bevölkerung.
- wir in Niedersachsen in Regierungsverantwortung die Grundlagen für die Bewältigung der Krise gelegt haben. Seit Regierungsübernahme haben wir die Willkommenskultur in unserem Land wirksam gestärkt. Mit einer konzertierten Aktion reagieren wir auf die Herausforderung: Tausende neuer Unterbringungsplätze wurden in kürzester Zeit geschaffen. Mittel in Höhe von 180 Millionen Euro werden zusätzlich für die Kommunen zur Flüchtlingsunterbringung bereitgestellt. Mit weiteren 120 Millionen Euro stärken wir den Ausbau der zentralen Unterbringungseinrichtungen, der Sprachförderung, der Flüchtlingssozial- und der ehrenamtlichen Arbeit.
- wir im Bund in der großen Koalition die Unterstützung von Ländern und Kommunen mit Mitteln in Höhe von 3 Milliarden Euro durchgesetzt haben. Zusätzlich stellen wir weitere 3 Milliarden Euro im Bundeshaushalt zur Verfügung. Damit wird umfassend reagiert – ob nun mit zusätzlichen Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und der Bundespolizei oder der Sprachförderung und der Arbeitsmarktintegration. Gleichzeitig haben wir gegen die Union durchgesetzt, dass das Grundrecht auf Asyl in der Verfassung unveräußerlich bleibt.

Es ist notwendig, dass

- trotz aller Anstrengungen hierzulande die eigentlichen Wurzeln der Krise bekämpft werden: Die Ursachen von Flucht und Vertreibung liegen in Kriegen sowie wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit begründet. Diese Übel zu bekämpfen – daran muss sich deutsche und europäische Außen- und Sicherheits- sowie Wirtschafts- und Entwicklungspolitik messen lassen.
- das Grundrecht auf Asyl in unserem Land unangetastet bleibt. Das Dublin-Verfahren geht von der Idee aus, dass Menschen im Erstankunftsland innerhalb der EU registriert werden und dort das Asylverfahren abgeschlossen werden muss. Faktisch ist das Verfahren gescheitert. Es gibt kaum effektiv durchgeführte Rückführung. Menschen werden immer wieder enturzelt, der Verbleib in den Sozialausgaben wird unnötig verlängert. Was wir brauchen sind stattdessen schnellere Asylverfahren. Hierfür ist der Bund zuständig, als Behörde das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge). Dieses Amt ist zum sprichwörtlichen Flaschenhals aller Asylverfahren geworden, weil es in keiner Weise auf die heutige Situation eingestellt ist. Gebraucht werden mehr personelle Kapazitäten, mehr passgenaue und schnellere Entscheidungen und mehr Präsenz vor Ort in den Einrichtungen der Länder.
- es für Menschen, die zu uns kommen, aber keine Chance auf Asyl haben, dennoch legale Einwanderungsmöglichkeiten gibt. Wir fordern gerade für junge Menschen mit dem Wunsch nach Ausbildung und Arbeit ein Einwanderungsgesetz, das diese Wege ebnet.
- so früh wie möglich die Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht wird – und zwar von Männern und Frauen gleichermaßen. Dafür gibt es keine Alleinzuständigkeit – stattdessen müssen Bund, Länder und Kommunen, vor allem aber auch die Sozialpartner hierfür gemeinsam Wege öffnen.

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Hannover | Ordentlicher Bezirksparteitag am 12. September 2015

- der wichtigste Schlüssel zur Integration auf allen Ebenen erkannt wird: Nur wer die deutsche Sprache beherrscht, hat eine Chance auf Teilhabe. Wir brauchen Angebote, die frühzeitig und lückenlos für alle verfügbar sind, niemand darf ausgeschlossen werden.
- die Gesundheitsversorgung aller zu uns kommenden Menschen sichergestellt wird. Umgehend gebraucht werden flächendeckende Regelungen zwischen den zuständigen Ebenen des Staates und den Krankenkassen sowie den Einrichtungen der Krankenversorgung. Besonders beachtet werden müssen die Bedürfnisse von Frauen und Kindern, sie bedürfen eines besonderen Schutzes – nicht nur bei der Gesundheitsversorgung.
- das enorme Engagement vieler Ehrenamtlicher wirksam unterstützt wird. Es gilt der Grundsatz: Ohne Hauptamt kein Ehrenamt. Menschen, die sich für Flüchtlinge engagieren, dürfen nicht alleine gelassen werden – sie müssen die Infrastruktur und Koordinierungshilfe erhalten, die sie für ihre Arbeit brauchen.
- bei allen politischen Maßnahmen und vor allem deren Begründung nicht Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Das heißt konkret: Wir machen keine Wohnungspolitik nur für Flüchtlinge, wir machen sie für alle Menschen, die dringend Wohnraum brauchen. Wir machen keine Bildungspolitik nur für Flüchtlingskinder, sondern für alle Kinder, egal welcher Herkunft. Wir lehnen jedwede Differenzierung und Klassifizierung ab. Wir machen Politik für alle.
- wir die historische Chance der Zuwanderung anerkennen. Eine erfolgreiche Gesellschaft basiert auf Vielfalt. Die zu uns kommenden Menschen beeinflussen dauerhaft den demografischen Wandel in positiver Weise. Dies stützt die Sozialsysteme und entschärft die Fachkräftesituation. Damit wird die Zukunft unserer Gesellschaft gesichert.

Es ist entscheidend, dass in dieser Lage die Friedfertigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft um jeden Preis bewahrt wird. Wir fordern eine klare Haltung – von allen. Bestes Beispiel hierfür ist der gemeinsame Appell von Kirchen, Wirtschaft und Gewerkschaften in Niedersachsen. Diesen Appell für Gemeinsamkeit und Tatkraft nehmen wir dankbar an. Wir verpflichten uns, selbst aktiv zu werden und zu bleiben. Wir werden vor Ort für weitere ebensolche Bündnisse werben.

Uns alle verbindet der Wunsch nach einem Leben in Frieden, Freiheit und Sicherheit. Grundlage hierfür ist Solidarität – untereinander, im Inneren wie im Äußeren. Dafür stehen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Annahme in geänderter Fassung.